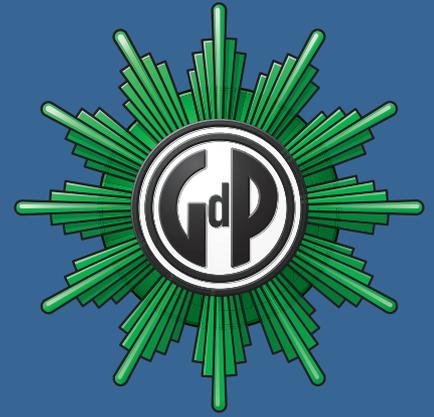


# DEUTSCHE **POLIZEI**

AUGUST 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



***DP-Sommerinterview:  
Polizeipressestellen im  
Fokus der Medien***



Unser  
Schutzpaket  
für Polizei-  
anwärter

Weil Sie immer alles geben,  
geben wir auch immer **alles für Sie.**

Die SIGNAL IDUNA Gruppe bietet allen Beschäftigten der Polizei umfassenden und bedarfsgerechten Versicherungsschutz für die Zeit der Ausbildung und selbstverständlich auch danach. Durch den Spezialversicherer Polizeiversicherungs-Aktiengesellschaft (PVAG), ein Gemeinschaftsunternehmen der SIGNAL IDUNA und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), verfügen wir über jahrzehntelange Erfahrung und kennen die Wünsche und den Bedarf der Polizistinnen und Polizisten besonders gut.

**SIGNAL IDUNA Gruppe**  
**Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst**  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
polizei-info@pvag.de  
www.pvag.de

**SIGNAL IDUNA**   
gut zu wissen



Foto: Holecek

Betriebe aus acht Branchen besuchten die Spitzen des DGB und seinen Einzelgewerkschaften, um sich über Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu informieren. Anfang Juli sprachen sie mit Betriebsräten, Personalräten, Beschäftigten, Unternehmern, Geschäftsführern, Werksleitern und Experten.

**Seite 2**

**PERSONALRATSWAHLEN**



Foto: Zielhasko

Die GdP ist und bleibt deutschlandweit die erste Adresse für die Beschäftigten in der Polizei. Deutlich wurde, dass die GdP-Personalräte mit einem hohen Vertrauensvorschuss in die neue Amtsperiode gehen. Aber „gute Ergebnisse bekommt man nicht geschenkt“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Arnold Plickert.

**Seite 23**

**DP-INTERVIEW**



Foto: privat

GdP-Kollege Lüder Fasche kümmert sich nach einem Abstecher zu Sexualdelikten jetzt wieder mit seinen Kolleginnen und Kollegen der Mordkommission um die Tötungsdelikte in Bremen. Der 52-jährige Kriminalbeamte erzählt über Tatorte und den Mythos des perfekten Mordes.

**Seite 30**

- 2** **DGB-SOMMERTOUR 2016** Zukunft der Arbeit in vielen Betrieben schon angebrochen
- 5** **TITEL/PRESSEARBEIT** „Hier wird nichts vertuscht“
- 14** **STANDPUNKT** Ehrliche und umfassende Auskünfte erwünscht
- 17**  **INTERNET** Homepage der GdP im neuen Look und mit verbesserten Funktionen
- 17**  **INTERN** GdP-Bundesliga-Tippspiel geht in die neue Saison
- 18**  **INTERN** Gewerkschaftsspitze a. D. schippert auf der Spree
- 21** **SOZIALES** Schulwahl: Kurze Beine, lange Wege
- 23** **PERSONALRATSWAHLEN** Mit hohem Vertrauensvorschuss offensiv, kampfstark und kompetent für die Interessen der Beschäftigten
- 29** **SCHULBILDUNG** Billiger Nachmittag
- 30** **DP-INTERVIEW** Professionelle Distanz zum Geschehen entwickeln
- 34** **REZENSION** Todesermittlung – Grundlagen und Fälle
- 35** **FORUM**
- 38** **BÜCHER**
- 40** **IMPRESSUM**



# Zukunft der Arbeit in vielen Betrieben schon angebrochen

**Betriebe aus acht Branchen besuchten die Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und seinen Einzelgewerkschaften, um sich über Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu informieren. Auf ihrer „DGB-Sommertour 2016“ Anfang Juli sprachen sie mit Betriebsräten, Personalräten, Beschäftigten, Unternehmern, Geschäftsführern, Werksleitern und Experten. „Die Arbeit der Zukunft wird anders aussehen als derzeit, und andere Bedingungen bieten. Darin liegen Chancen ebenso wie Risiken. Der Wandel kann und muss gestaltet werden, mit den Beschäftigten. In den Betrieben, die wir besuchten, wurde gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nach innovativen Lösungen für die Aufgaben gesucht“, sagte DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann.**

**D**ie Bandbreite der Themen reichte von Arbeitszeitmanagement und Digitalisierung über die Integration von Flüchtlingen, die Teilhabe von Jugendlichen bis zum Umgang mit Werkverträgen, Lösungen für den

Niedriglohnsektor, mobile Arbeit sowie die Industrie 4.0.

Die Tour startete im Polizeipräsidium Köln. DGB-Chef Hoffmann, der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, und viele weitere Vorsitzende der DGB-Gewerk-

schaften informierten sich dort über die aktuellen Herausforderungen, vor denen die Beamtinnen und Beamten im Polizeidienst stehen.

**I**n Köln habe die Silvesternacht 2015 zu einer neuen Aufstellung der Polizei geführt: „Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellen“, sagte Polizeipräsident Jürgen Mathies. Mit einem neuen Präsenzkonzzept könne er weit mehr Bereitschaftspolizei zur Ergänzung des Streifendienstes einsetzen, und besonders in problematischen Vierteln gebe es mehr Streifen. „Wir werden mehr Beamtinnen und Beamte im operativen Bereich einsetzen. Mit Hilfspolizei geht das nicht“, sagte Mathies. Das Präsenzkonzzept zeige bereits erste Ergebnisse: Sowohl die Zahl der Woh-



**Lagezentrum: Polizeidirektor Werner Gross (1. v. r.), Leiter Ständiger Stab, und der Dienstgruppenleiter der Leitstelle, Polizeihauptkommissar Joachim Knaub, informieren die Teilnehmer der „DGB-Sommertour“ im Polizeipräsidium Köln ...** Foto: DGB/Uwe Völkner





... und in der Einsatzleitzentrale.

Foto: DGB/Uwe Völkner

nungseinbrüche als auch die Zahl der Taschendiebstähle sei kräftig gesunken. Das Polizeipräsidium im Kölner Stadtteil Kalk liegt am Walter-Pauli-Ring. Pauli war Polizeibeamter im damaligen Schutzbereich 8 und wurde am 9. Mai 1975 von Terroristen aus dem Umfeld der „Bewegung 2. Juni“ auf einem Parkplatz in Köln Gremberg erschossen. Der Walter-Pauli-Ring ist die erste Straße in Deutschland, die nach einem im Dienst getöteten Polizisten benannt wurde.

**A**m Standort Dormagen der Bayer AG sprachen die Gewerkschaftsvorsitzenden mit Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern unter anderem über neue Arbeitszeitmodelle und flexible Übergänge in den Ruhestand.

Unternehmen und Betriebsrat haben sich durch ein ganzes Paket von Maßnahmen auf die demografische Entwicklung eingestellt. Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen helfen vor allem älteren Beschäftigten, länger im Job zu bleiben: mit mehr freien Tagen oder einem Lebensarbeitszeitkonto. Für alle Beschäftigten bietet der Konzern Sportangebote, Kühlwäsche für diejenigen, die die warmen Schutzanzüge tragen, höhenverstell-



**Präsidium:** Aufmerksame Zuhörer fand Kölns Polizeipräsident Jürgen Mathies in den Gewerkschaftsvorsitzenden, die sich über die aktuellen Probleme des Polizeidienstes informierten. Von links: Robert Feiger, IG BAU-Vorsitzender, Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender, Oliver Malchow, GdP-Vorsitzender, Marlies Tepe, GEW-Vorsitzende, Michaela Rosenberger, NGG-Vorsitzende, Arnold Plickert, GdP-Vorsitzender NRW und stellvertretender Bundesvorsitzender, Andreas Kossiski MdL, Vorsitzender des DGB-Kreisvorstandes Köln. Foto: Holeczek

bare Tische und Bildschirme, Laufband und Fahrrad im Büro, Hebehilfen und Schlafberatung für diejenigen, die durch den Schichtdienst Schlafstörungen haben.

**D**em Geschwister-Scholl-Gymnasium in Pulheim galt die nächste Visite der DGB-Tour. Dort lernen 16 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf. „In den Inklus-



sionsklassen steht der Teamgedanke noch mal besonders im Vordergrund“, sagte Andreas Niessen, Leiter der „Schule der Vielfalt“. Das Gymnasium betreut zudem zwei Klassen mit

ter anderem über Inklusion und die Integration von Geflüchteten in einer Baufirma. Es ist mit 400 Mitarbeitern eines der Größeren der Branche und ein Traditionsunternehmen mit 90-jäh-

dabei mitnehmen. Wir brauchen einen neuen Deal“, sagte EVG-Vorsitzender Alexander Kirchner. Die DB Netz AG kümmert sich um die Infrastruktur der Bahn, also um 40.000 Züge am Tag, 24.970 Eisenbahnbrücken (davon 9.000, die älter als 100 Jahre sind), um 61.000 Kilometer Gleise und 701 Tunnel. Fahrdienstleiter und Zugdisponenten sorgen dafür, dass es bei jedem Notfall, ob Rinder auf den Gleisen oder technische Probleme, irgendwie weitergeht.



**Sommertour: Begleiteten für die GdP die „DGB-Sommertour 2016“: GdP-Vorsitzender Oliver Malchow und Pressesprecher Rüdiger Holecek. Foto: Haik Büchenschuss**

Flüchtlingskindern. Beim Besuch der Vorsitzenden am Standort Coesfeld des Fleischindustrie-Unternehmens Westfleisch waren unter anderem Werkverträge, der Mindestlohn und die Branchen-Selbstverpflichtung der Fleischindustrie Thema. Der Fleischmarkt ist ein heiß umkämpfter Markt – und einer, auf dem Unternehmen sich nicht selten mit unfairen Bedingungen wie Lohndumping bekämpfen. Für Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), ist Westfleisch eine lobenswerte Ausnahme. Der Betrieb schlachtet und zerlegt in Coesfeld 640 Schweine pro Stunde. Mit dem Unternehmen pflege man eine Sozialpartnerschaft, sagte sie beim Besuch. Es bietet insgesamt 5.000 Arbeitsplätze, von denen rund ein Drittel Festangestellte sind. Die Werkvertragsunternehmen, mit denen Westfleisch kooperiert, seien langjährige Partner mit ebenso langjährigen Mitarbeitern. Die meisten Mitarbeiter – auch bei den Werkvertragsunternehmen – verdienen weit mehr als den Mindestlohn.

Beim Straßen-, Tief- und Landschaftsbau-Unternehmen „Dieckmann Bauen + Umwelt“ informierten sich die Vorsitzenden un-

riger Geschichte. „Dieckmann fährt ein anderes Modell als viele andere – mit Festangestellten und eigenen Auszubildenden“, sagte IG-BAU-Chef Robert Feiger. Das Unternehmen sieht sich auf dem richtigen Kurs: Während viele Betriebe längst Probleme haben, Auszubildende zu finden, kann sich Dieckmann seine 50 Azubis aussuchen. Azubis sind auch bei sozialen Projekten eingebunden: So pflasterten sie etwa gemeinsam mit behinderten Kindern einen Innenhof. „Für beide Gruppen war das eine besondere Erfahrung von Wertschätzung“, sagte Geschäftsführer Jens-Peter Zuther. Dieckmann hat zudem zwei Flüchtlinge eingestellt.

Bei der DB Netz AG Nord ist die neue Arbeitswelt voll angekommen: „Open space“, „Flex@work“, „Desksharing“ und digitale Hilfen wie die „Brückenapp“ waren die Stichworte für die Gespräche mit den Vorsitzenden der Gewerkschaften. Neue Bürokonzepte, in Teamarbeit erstellte Dienstpläne, Kinderbetreuungszimmer für Eltern und Kinder diskutieren die Betriebsräte mit den Beschäftigten. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wollen aus starren Arbeitszeiten weg. Da müssen wir rein und die Menschen

Beim DHL Hub nahe Leipzig, dem größten Luftfahrt Drehkreuz von Europa, liegen die Hauptarbeitszeiten zwischen 23 Uhr und 4 Uhr morgens. Dann landen und starten jede Nacht aus fast allen Ländern der Welt insgesamt 65 Boeing und Airbuse, zu Frachtmaschinen umgebaute Passagierflugzeuge mit Päckchen und Paketen – aber auch mal mit Luxuswagen, Nashörnern oder Löwen an Bord. Die Beschäftigten verladen in einem gigantischen Logistiksystem mit Röhren, Bändern und Zielrutschen bis zu 350.000 Sendungen. „Arbeitszeit ist ein Riesenthema: Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten nachts und in Teilzeit, und das für ein niedriges Entgelt“, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis. Aber DHL ist gut gewerkschaftlich organisiert, es gibt einen Tarifvertrag. In Leipzig arbeiten Menschen aus rund 80 Nationen, die Belegschaft engagiert sich offen gegen Rechtsradikalismus, schon die Azubis diskutieren im ersten Halbjahr mit Vertretern des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“ und besuchen die naheliegende Gedenkstätte des KZ Buchenwald.

Die letzte Station der Reise galt der Volkswagen AG am Standort Braunschweig. Dort arbeiten rund 8.600 Beschäftigte, davon 348 Auszubildende und rund 300 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Die Zukunftsthemen des 1938 gegründeten Unternehmens mit einem Jahresumsatz von rund 74 Milliarden Euro sind Mobile Arbeit und Industrie 4.0.

GdP-Vorsitzender Malchow resümierte: „Die Tour durch die aktuelle Arbeitswelt mit ihren gegenwärtigen und zukünftigen Problemen hat auch die Gewerkschaften einander nähergebracht. Der Blick über den Teller rand ist in unserem gewerkschaftlichen Alltag oft vom Tagesgeschäft und dem eigenen Terminkalender verstell.“

hol/DGB

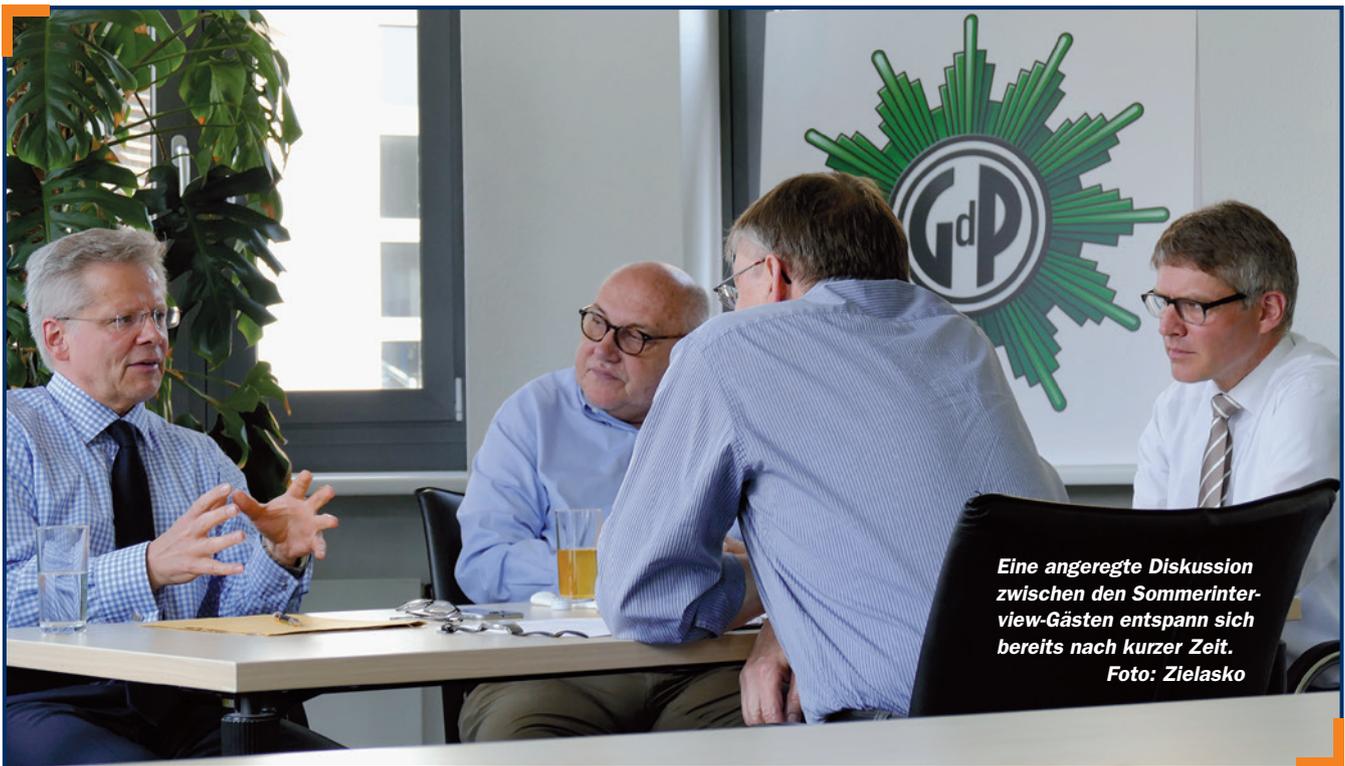


## „Hier wird nichts vertuscht“

Die Pressestellen der Polizei werden in Zeiten eines verstärkten unverzüglichen Medienwunsches nach umfassenden Informationen häufiger als früher unter Druck gesetzt, vor allem bei Großlagen. Wenn Fragen von Journalisten nicht zügig beantwortet oder zunächst aus ermittlungstaktischen Gründen überhaupt keine Auskünfte erteilt werden, kommt umgehend Kritik auf. Dann heißt es schnell, es soll wohl mal wieder etwas vertuscht werden. Sind diese Vorwürfe berechtigt? Muss in der Polizei die Pressearbeit überdacht und professioneller werden? Über diese und weitere Fragen sprach DEUTSCHE POLIZEI mit Martin Steltner, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Berlin, Oliver Bendixen, Polizeireporter des Bayerischen Rundfunks (BR) und Polizeioberberrät Björn Neureuter, Leiter der Polizeiinspektion Andernach in Rheinland-Pfalz und Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei.

**DP:** War das aus Sicht der Polizei ein Einzelfall, dass bei einem Ereignis wie in Köln die Pressearbeit durch verschiedene Ebenen bis hinein ins Ministerium behindert oder gezielt behindert wurde? Oder war das Zufall? Wie schätzt das der Gewerkschafter ein?

**Björn Neureuter:** Eine Bewertung dessen, was in Köln passiert ist oder nicht passiert ist, möchte ich hier nicht vornehmen. Ich weiß aber, dass die Pressearbeit professioneller werden kann. Die Polizei ist bei ihrer Darstellung jedoch nicht immer völlig frei. Wir sind Teil einer Dreierbeziehung mit der Staatsanwaltschaft



Eine angeregte Diskussion zwischen den Sommerinterview-Gästen entspannt sich bereits nach kurzer Zeit.

Foto: Zielasko

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Ist der öffentliche Aufruhr nach der Kölner Silvesternacht angesichts der im Anschluss viel diskutierten polizeilichen Pressearbeit überhaupt gerechtfertigt?**

**Oliver Bendixen:** Also, erst nach vier Tagen mit der ganzen Wahrheit rauszukommen, ist von vielen Medienvertretern zu Recht gerügt worden. Die Aufregung darüber beschränkt sich meiner Auffassung nach doch weitgehend auf die Aufarbeitung in Nordrhein-West-

falen. Bundesweit hat sich die Diskussion um das Thema inzwischen schon wieder gelegt. Natürlich aber haben Medienvertreter an allen Standorten an die Polizeibehörden appelliert, dass sich so etwas nicht wiederholen darf. Ich beobachte, dass die Polizei mit ihrer Pressearbeit schon längst wieder zur Tagesordnung übergegangen ist. Und: Was die Polizeibehörden angeht, ist die Qualität der Medienarbeit regional sehr unterschiedlich.

und auch der Politik, zumindest mit dem jeweiligen Innenministerium. Und da finden wir teils erschwerende Umstände vor, oder es gibt per se Vorgaben, wie Pressearbeit zu laufen hat, oder sogar, ob diese überhaupt gemacht werden darf. Es muss immer klar sein: Wenn die Polizei in einer konkreten Situation etwas sagt, dann muss es wahr sein. Es dürfen keine wesentlichen Dinge weggelassen werden und kein falscher Eindruck entstehen.



**DP: Nun ist in vielen Fällen die Staatsanwaltschaft gefragt. Gerade, wenn es um Wochenenden geht, an denen womöglich größere Razzien oder Kapitaldelikte bekannt werden und die Ermittlungstätigkeiten von Polizei und Staatsanwaltschaft ineinander greifen. Von der Polizei ist dann oft zu hören: „Dazu können wir nichts mehr sagen. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt dafür verantwortlich.“ Versteckt sich die Polizei zu oft hinter der Staatsanwaltschaft?**

**Martin Steltner:** Dass sich die Polizei in manchen Fällen, an manchen Stellen versucht zu verstecken, sehe ich mal als menschliche Reaktion. Die Regel ist das aber nicht. Wir kommen hier an einen Punkt, der im Grunde immer das Verhältnis von Polizei und Staatsanwaltschaft geprägt hat und auch weiter prägen wird. Bei Strafermittlungen ist die Staatsanwaltschaft als „Herrin des Verfahrens“ für Presseauskünfte, auch für die Pressearbeit, zuständig. Das kann sie aber in manchen Situationen nur sehr eingeschränkt – zumindest in der ersten Phase – leisten. Sie haben die Wochenendlage angesprochen. Ich vertrete eine sehr große Staatsanwaltschaft. Die Berliner Verhältnisse sind natürlich auf solche Lagen eher zugeschnitten als eine Staatsanwaltschaft in einer kleinen, ländlich geprägten Behörde. Ein solches Problem ist jedoch durch enge Abstimmung zu lösen. Und das haben wir in Berlin in der letzten Zeit gut hinbekommen. Es gibt ständig telefonische Absprachen. Klar ist, die Pressestelle muss immer erreichbar sein. Es geht nicht darum, wer etwas sagt, sondern, dass das, was gesagt wird, rechtlich präzise und abgestimmt ist. Und wenn die „Leitung“ glüht in solchen Wochenendlagen, dann klappt das hier meistens prima. Grundsätzlich reden wir jedoch von einem strukturellen Problem, das sich anderenorts nicht so einfach lösen lässt.

**DP: Oft wird Kritik an der Pressearbeit der Polizei geübt, berechtigt oder nicht. Wenn Sie als Staatsanwalt auf die Arbeit der viel beschäftigten Polizeipressestelle hier in Berlin schauen, wie wird dort medial agiert: vorsichtig, offensiv oder eher destruktiv?**

**Steltner:** Die Berliner Polizei macht sehr professionelle Pressearbeit. Gut, man könnte den Eindruck bekommen, dass in manch heiklem Fall womöglich zu große Vorsicht an den Tag gelegt wird. Das macht die Presse dann natürlich misstrauisch und führt zu kritischen Nachfragen. Auch kann dann

unnötigerweise ein falscher Zungenschlag eine Lage zuspitzen. Mit ein bisschen mehr Mut würde man womöglich einiges schneller vom Tisch bekommen. Aber: Kritik zu üben ist immer leicht. Wir reden hier über teils knifflige Vorkommnisse, und da muss jedes einzelne Wort gut überlegt und abgewogen sein.

**Neureuter:** Es sind da auch ganz andere Stimmen aus der Staatsanwaltschaft zu hören. In Berlin besteht eine sehr große Polizeipressestelle mit einem hauptamtlichen Sprecher. Das gibt es in den meisten Ländern so nicht. Und das Thema Pressehoheit der Herrin des Ermittlungsverfahrens und die Ausführungen der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren (RiStBV) werden von der Staatsanwaltschaft teils sehr, sehr hoch gehalten. Dann heißt es: „Wir reden ja nicht über Eierdiebe“. Bei der Bearbeitung eines heiklen Falls ist sich die Polizei ihrer Rolle bewusst. Aber: Wer darf eigentlich die Erstmeldung herausgeben? Was darf in einer Erstmeldung genannt werden, und was darf nicht rausgehen? Bewertungen trifft prinzipiell nur die Staatsanwaltschaft. Nicht jedem Kollegen sind diese Abläufe bewusst, das ist noch zu wenig Thema bei uns.

**Bendixen:** Herr Neureuter, Sie sprachen vorhin über die Dreierbeziehung zwischen den Behörden. Die Medien spielen sicher als viertes Element mit. Wir bringen häufig Prozesse in Gang, beschleunigen sie oftmals. Im Grunde handeln ja nicht nur die Polizei, die Justiz und die Politik unabhängig voneinander, sondern es sind die Medien, die Geschichten bringen oder nicht und damit die Behörden zum Handeln zwingen. Es gibt selbstbewusste Polizeipräsidenten und Polizeipräsidenten, die sagen, bis zum Punkt X ist es ein Polizeieinsatz. Andere winken ab und erklären, ohne die Staatsanwaltschaft sage ich überhaupt nichts mehr. In Fällen, die aus dem polizeilichen Meldungsalltag herausragen, versenden beispielsweise die Staatsanwaltschaft Würzburg und das Polizeipräsidium Unterfranken zeitnah gemeinsame Presseerklärungen. Das ist anderswo völlig unüblich. In München läuft es aus meiner Sicht nahezu ideal: Hier hat man einen Pressesprecher oder eine Pressestelle der Staatsanwaltschaft. Die ist rund um die Uhr erreichbar. Aber nicht nur für die Polizei, sondern auch für die Medien. Wobei Ihre Münchner Kollegen, Herr Steltner, sich natürlich beschweren würden,

## Martin Steltner



**Martin Steltner, Oberstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin und seit sieben Jahren als hauptamtlicher Pressesprecher in den Strafverfolgungsbehörden tätig. Zuvor war er unter anderem viele Jahre als Staatsanwalt tätig, im Bundesjustizministerium und in der Berliner Senatsverwaltung für Justiz.**

Foto: Zielasko

wenn sie wegen irgendeiner Kleinigkeit nachts um zwei Uhr angerufen werden. Und es gibt Absprachen, so zwischen dem großen Polizeipräsidium und der nicht minder breit aufgestellten Staatsanwaltschaft München I. Dort wird bei kriminalpolizeilichen Fällen vereinbart, was veröffentlicht wird, und dann bringt die Polizeipressestelle die Erklärung heraus. Ein Beispiel: Da hatte ein offensichtlich psychisch gestörter Mann an einer S-Bahn-Station in der Region München Fahrgäste mit einem Messer angegriffen, letztlich einen Fahrgast erstochen, einen zweiten schwer verletzt und zwei weitere leicht. Wegen des vermeintlichen Anscheins eines islamistischen Tathintergrunds war das Landeskriminalamt (LKA) eingeschaltet worden. Bald fand eine sehr gute Pressekonferenz statt, wo zunächst der Vizepräsident des regional zuständigen Präsidiums den Polizeieinsatz erläuterte. Dann wur-



de an einen Vertreter des ermittelnden LKA übergeben, der etwas zum Hintergrund des Täters darstellte und erste Ermittlungsergebnisse bekanntgab. Schließlich fasste ein Kollege der Staatsanwaltschaft zusammen, welche Erkenntnisse über den mutmaßlich Tatverdächtigen zuvor vorgelegen hatten und wie die Ermittlungen jetzt weiter laufen. So kann es funktionieren.

**Steltner:** Auch wir hatten in der Vergangenheit immer wieder Konflikte zwischen Staatsanwaltschaft und Polizei, gerade dann, wenn die Polizei aus Sicht der Staatsanwaltschaft vorgeprescht war. Da mussten wir uns dann bemühen, das wieder einzufangen. Gelegentlich blieben verärgerte Kollegen und Verstimmungen zurück. Wir haben das gelöst. Wir sagen jetzt: Okay, in größeren Sachen wird eine gemeinsame Presseerklärung von Polizei und Staatsanwaltschaft gemacht. Klar stellte sich schnell die Frage, was ist denn nun diese größere Sache? Es ist ja eine Form der Krisenkommunikation. Da muss man nur miteinander

Manchmal ist der Pressesprecher übrigens auch nur einer in Nebenamt. Da können keine Kommunikationswege eingeübt sein. Es gibt dort auch keine Konzepte nach dem Motto: in welcher Situation agieren wir wie. Gerade dann, wenn es kritisch wird, hakt es.

**DP: Ist da nicht vorteilhaft, wenn es in den Pressestellen zumindest einen journalistischen Profi hat? In Berlin wurde früher sehr oft das Personal gewechselt. Jetzt gibt es seit ein paar Jahren mehr Stabilität auf der Stelle des Pressesprechers und dadurch größere Affinität zu den Bedürfnissen der Medienvertreter ...**

**Neureuter:** Klar, der Pressesprecher ist in unserem schnelllebigen Medienzeitalter keine beliebige Funktion. Also mal eben einen Polizeibeamten in die Pressestelle zu stecken, der dort zwei Pflichtjahre macht, bevor er dann wieder versetzt wird ... Nein, das bringt nichts. Ja, es macht Sinn, einen erfahrenen Journalisten im Team zu haben. Jemand, der das Metier kennt. Der Druck entsteht doch nicht

**Bendixen:** Mehr Wirkung hat's schon, wenn ein ARD-Magazin oder Kollegen von den „Tagesthemen“ anrufen. Das betrifft übrigens die Staatsanwaltschaften genauso. Aber noch eine Bemerkung zu den Journalistenprofis: Es gab ja diverse Versuche des Bundeskriminalamtes (BKA), die am Ende nicht glücklich verliefen. Den externen Pressekollegen fehlte irgendwie der Stallgeruch. Sie wurden auf der Ermittlerebene nicht ernst genommen. Bei denen, die von jeher ein Problem mit Medien haben, galten sie als Büttel der Zeitungsreporter.

Aber es stellt sich auch eine Qualitätsfrage: Wen kannst du aus dem Medienbereich gewinnen, um in einer öffentlichen Verwaltung eine Pressestelle zu übernehmen? Auf jeden Fall sollte es jemand mit sehr viel Erfahrung sein. Einen Youngster brauchst du nicht. Der Kollege überlegt aber irgendwann, was mach' ich mit meinem Leben? Bin ich eigentlich dazu verdammt, in der Behörde zu bleiben? Was wird aus mir? Kann ich überhaupt noch irgendwo was werden? Also, vom Gehalt mal ganz abgesehen. Das ist eine schwierige Abwägung.

**DP: Externe Fachleute sind bei der Polizei sehr gefragt. Zum Beispiel in der Informationstechnik. Der entscheidende Punkt ist und bleibt zunächst das Gehalt. Muss innerhalb der Polizei zumindest eine Qualifizierung stattfinden, also, zu einem Journalisten „light“, um ihn gezielt in Pressestellen einzusetzen?**

**Neureuter:** Die Karrierechancen sind tatsächlich überschaubar. Ebenso stimmt es, dass mehr Fachlichkeit in die Pressestellen einziehen muss. Aber deren Aufgaben beschränken sich in einem normalen Präsidium nicht nur darauf, Presseerklärungen zu schreiben. Interne Kommunikation wie die Hauszeitung ist da ein Thema genauso wie das Gestalten repräsentativer Termine. Jemand mit journalistischer Ausbildung kann eben auch so schreiben, dass es von Nichtpolizisten verstanden wird. Es bleibt die Klippe des Karrieregedankens und die Frage, ob man noch einmal den Absprung schafft.

**DP: Herr Steltner, Sie sagten, bei größeren Fällen wird die Abstimmung mit der Polizei groß geschrieben. Die Konsequenz dessen ist aber ein Zeitverlust. Muss also immer eine klassische Pressemeldung das Ergebnis sein, oder würden womöglich bei großen Sachen mit entsprechendem Medieninteresse**



Foto: Ziefersko

sprechen, dann gibt es auch keine Probleme. Und wir machen heute nahezu jede Meldung gemeinsam. Wir zwingen mit dieser Vorgehensweise die Leute dazu, sich abzustimmen. Und nahezu jede Pressemeldung zu einem Ermittlungsverfahren erfolgt heute als gemeinsame Erklärung von Polizei und Staatsanwaltschaft.

**Neureuter:** Schauen wir einmal auf ein beliebiges Flächenland. Dort haben Sie meist keinen hauptamtlichen Pressesprecher. Dort suchen sich unsere Pressestellen einen gerade verfügbaren und zuständigen Staatsanwalt.

nur vom Fernsehen, Radio und den Printmedien allein. Viele Menschen haben plötzlich erkannt, dass sie das Internet nutzen können. Wir haben ja Meinungen im Netz, bevor die eigentliche Pressearbeit im klassischen Sinn überhaupt beginnt. Ein Journalist kann damit souveräner umgehen als ein sachfremder Beamter.

**DP: Herr Bendixen, wie ist das, wenn die ARD bei der Polizei anruft? Wirkt das nachhaltiger als die Anfrage vom Stadtteil-Werbeblatt? Oder sind Pressestellen eher generell vorsichtig?**



### **ein paar kurze, aber offizielle Absätze mit ersten freien Informationen reichen?**

**Steltner:** So machen wir das ja auch. Aber selbst dafür ist es notwendig, Sprachregelungen zu treffen. Natürlich bringen Abstimmungen gewisse Zeitverluste mit sich, wenn Informationen nicht schon direkt am Tatort von dort handelnden Personen weitergegeben werden. Aber darf ich kurz auf das Thema des medialen Sachverständigen in den Pressestellen zurückkommen: Das ist ein guter und interessanter Gedanke. Ich sehe aber personalwirtschaftliche Schwierigkeiten. Es wird aber auch in der Justiz zunehmend erkannt, dass die Pressearbeit weiter professionalisiert werden muss. Die Verhältnisse haben sich ja geändert. Von Behördenseite wird nicht mehr nur von der Kanzel gepredigt. Nein, es kommen sogar neue Aspekte hinzu, aus dem Presse-recht etwa. Wir werden immer häufiger verklagt. Es gibt kaum ein Verfahren der Organisierten Kriminalität (OK) oder der Wirtschaftskriminalität, bei dem sich nicht Medienanwälte melden. Wir führen dann quasi zusätzlich ein mediales Parallelverfahren. Allein deswegen ist es enorm wichtig, dass in den Pressestellen professionell gearbeitet wird. Ob das aber besser mit externen Journalisten klappt? Ich hab' da so meine Zweifel ...

**Bendixen:** Ich sehe bei dem angesprochenen Zeitfaktor einen interessanten Aspekt. Sehr heikel sind Geschichten, wo nach polizeilichem Schusswaffengebrauch jemand zu Tode kommt. Meine Erfahrung ist, je länger Justiz und Polizei damit warten, einen solchen Vorfall darzustellen, desto mehr wird spekuliert. Und dann heißt es noch, wir dürfen nichts bekanntgeben, obwohl sich an den Grundfakten nichts mehr ändern wird. Ist es nicht vernünftiger, solche grundsätzlichen Fakten zeitnah rauszugeben, statt einen Text 25-mal hin- und herzuschicken?

**Steltner:** In Berlin ist es jedenfalls kein Problem. Wahrscheinlich wird das in ländlichen Behörden viel schwieriger sein, wo die Erfahrung im Umgang mit Medienvertretern lange nicht so groß ist wie in großstädtischen Bereichen.

**Neureuter:** Nehmen wir den Fall einer normalen Zwangsanwendung. Wir haben das durchaus häufiger, dass es bei einer Verkehrskontrolle zum Einsatz von Pfefferspray oder zu einer Festnahme kommt. Auf irgendeinem Handy finden sich dazu immer Bilder und wenig später auch im Netz. Die Abstimmungen im ländlichen Raum – also im

Flächenstaat – dauern da immer noch zu lange. Zwei Beispiele: Im ersten hat die Behördenleitung entschieden, schnell an die Medien zu gehen. Da war der Vorgang noch gar nicht komplett, aber bereits ein Video im Netz. Dort ist der Polizeieinsatz zwar noch weiter diskutiert worden, jedoch auch die Darstellung der Polizei zu lesen. Die Staatsanwaltschaft hat einen Tag später in der Frühe dann die Pressemeldung rausgebracht. In einem anderen Fall war freitags der Einsatz, montags kam die Pressemeldung. Das fängt man nicht mehr ein. Die klassischen Medien sind unsere Partner, ganz klar. Da geht es noch um Fakten. Aber wer im Internet agiert, der will das gar nicht. Fakten stören da eher. Die zimmern ihre eigene Wahrheit zusammen.

### **DP: Wie ist das zu verhindern?**

**Neureuter:** Mit Schnelligkeit. Es kann zwar vorkommen, dass keine Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft mehr möglich ist. Es geht dann aber auch nur um Fakten, nicht um Bewertungen. Wir machen klar, es gab einen Einsatz, es kam zu einer Zwangsanwendung, es gibt ein Video, und die Staatsanwaltschaft überprüft es. Wir stellen dar, dass wir unser Handeln überprüfen lassen und lüften den Deckel. Damit fangen wir zumindest die 80 Prozent der Bürger ein, die der Polizei vertrauen. Die restlichen 20 Prozent erreichen wir sowieso nicht, erst recht nicht die sogenannten Internettrolle. Wichtig ist, wir dürfen nicht lange sprachlos sein.

**Steltner:** Ja, Geschwindigkeit ist alles. Dass man Stimme hat, Gesicht zeigt, früh und schnell. Was nachher im Detail gesagt wird, steht auf einem anderen Blatt. Aber das Thema zu besetzen und Präsenz zu zeigen, das ist extrem wichtig.

**DP: Nach zahlreichen Strukturreformen bei den Landespolizeien sind oft ganze Präsidien auf der Strecke geblieben. Dann werden die Wege länger, dauert auch die Abstimmung länger.**

**Bendixen:** Man hört von Kolleginnen und Kollegen, dass es da und dort nicht so optimal läuft. Das ist die eine Sache. Uns bleibt aber wohl nichts anderes übrig, sehr bald eine Trennlinie zu ziehen, was wir unter Journalismus und unter Journalisten tatsächlich verstehen wollen. Wir haben die großen Online-Portale, beispielsweise von „Spiegel“, „Süddeutsche Zeitung“, der ARD-Sender ... dieser Content wird von Journalisten geliefert, die sich konkret

## Oliver Bendixen



**Oliver Bendixen, Polizeireporter seit über 40 Jahren. Zuerst beim „Münchner Merkur“, seit 1984 beim Bayerischen Rundfunk – Hörfunk und Fernsehen – und dort als Experte für innere Sicherheit tätig, unter anderem Prozessbeobachter im NSU-Prozess und Mitglied der sogenannten Task-Force Extremismus und Terrorismus der ARD.**

**Foto: Zielasko**

mit Fällen befassen, vor Ort berichten und sich ihre Fakten natürlich bei der Staatsanwaltschaft und bei der Polizei abholen. Dann hast du auf der anderen Seite aber Online-Portale jeder Couleur, deren Macher ihr Wissen, Halbwissen oder ihre Meinung nur noch aus dem Netz ziehen, ohne jemals irgendwo gewesen zu sein. Und ich weiß nicht, wie lange es durchgehalten werden muss, wirklich jeden Anfrager, egal, ob er in seinem Keller in der tiefsten Provinz sitzt und sich im Internet eine Wahrheit zusammendichtet, zu bedienen. Muss der mit einem Reporter des „Tagesspiegel“ oder von ZDF-„heute“ auf die gleiche Stufe gestellt werden?

**DP: Herr Steltner, mittlerweile existiert ein Sammelsurium von Presseausweisen. Bedienen Sie jeden, der bei Ihnen anfragt?**

**Steltner:** Der Presseausweis spielt bei den Strafgerichten bei Akkreditierungen zu den großen Prozessen eine Rolle. Bei uns aber nicht. Wir beantworten alle Fragen von Journalisten oder Personen, die sich bei uns melden



und sich als Journalisten vorstellen. Wir haben gar keine Möglichkeiten, bei der Vielzahl von Anfragen noch zu kontrollieren. Und es ist ja auch Rechtslage, alle gleich zu behandeln. Stand jetzt ist: Wir beantworten grundsätzlich die Fragen aller, egal ob Journalist oder Blogger, solange sie ihr journalistisches Interesse glaubhaft machen können.

**DP: Haben Sie schon negative Erfahrungen gemacht?**

**Steltner:** Natürlich. Wir hatten auch schon Beschuldigte, die mit Journalistenausweisen agierten.

**DP: Mit welchen Auswirkungen. Werden Sie vorsichtiger in Ihrem Handeln?**

**Steltner:** Das zuletzt angeführte Beispiel ist eher ein Ausreißer. Wir können uns damit trösten, dass wir in den meisten Fällen nur Dinge sagen, die erstens unverfänglich sind und zweitens sowieso im Netz schon bekannt sind. Wenn ich sensiblere Daten preisgebe, will ich natürlich schon wissen, wer mein Gegenüber ist. Da müssen Anfragen schon mit etwas Substanz unterlegt sein.

**DP: Wie sieht es bei den Polizeipressstellen aus, Kollege Neureuter?**

**Neureuter:** Ich meine, dass viele Internetblogger sich nicht unbedingt mit Tatsachen beschäftigen wollen. Also gibt's auch keine Anfragen. Wir kennen in der Regel unsere Ansprechpartner. Auch Bürgeranfragen werden normalerweise beantwortet. Der Presseausweis hat für uns bei großen polizeilichen Einsatzlagen Bedeutung, bei denen manchmal Akkreditierungen vergeben werden. Ansonsten spielt er keine Rolle.

**Bendixen:** Ich will es ja nicht ins Lächerliche treiben, aber ist es nicht eine schlimme Vorstellung: Zwei Täter schlagen einen Passanten zusammen und der dritte filmt es mit dem Handy. Und wenn die Polizei auftaucht, sagt der, ich bin Leserreporter einer Boulevardzeitung.

**Steltner:** Gab es bestimmt schon.

**Neureuter:** Wir haben kaum einen Einsatz, der nicht gefilmt wird. Vom gegenüberliegenden Balkon herunter oder von der anderen Straßenseite. Ist das denn im weitesten Sinne eine journalistische Handlung?

**Bendixen:** Oder ein Beweismittel?

**Neureuter:** Ja, klar, das kann ein Beweismittel sein, aber eben auch ein journalistisches Dokument, nicht wahr?

**Bendixen:** Wir hatten jüngst ein ähnliches Ereignis, einen Amoklauf in München. Da hat jemand mit einer Schere auf Passanten eingestochen und ist am Schluss von der Polizei mit mehreren Schüssen gestoppt worden. Diese sieben Schüsse sind in einer Sequenz von maximal zehn Sekunden von einem Balkon am Einsatzort, wo das ganze Drama endete, gefilmt worden. Auf einem Onlineportal einer großen Zeitung war das zu sehen. Aber wir kennen nur diese Sequenz. Den Vorlauf von zehn Minuten, der sich über drei Straßenzüge abspielte, den hat niemand gesehen und gefilmt.

**Neureuter:** Das ist ja das Grundproblem solcher Videos. Uns beschäftigte in Rheinland-Pfalz ein Film, der eine Zwangsmaßnahme dokumentierte, die später auch gerichtlich überprüft wurde. Wir sprechen von ungefähr 40 Sekunden. Die dreiviertel Stunde vorher kennt keiner. Staatsanwaltschaft und Polizei werten natürlich den Gesamteinsatz aus. Dem Internetblogger bleiben genau diese paar Sekunden. Solche Sequenzen bekommt man trotzdem

**Bendixen:** Wie abhängig wir von Bildern sind, sehen wir selbst im eigenen Hause. Kollegen vom BR kommen zufällig an den Hauptbahnhof. Dort herrscht Alarm wegen eines verdächtigen Gegenstands im Schließfach. Der Bereich um das Schließfach wird geräumt. Wir haben Bilder. Und weil wir die Bilder haben, wird die Geschichte recherchiert. Dann wird der Alarm nach einer Viertelstunde aufgehoben, aber die Schlagzeile haben wir. Wahrscheinlich passiert so etwas auf Bayern bezogen ein paar Mal am Tag, wo niemand zufällig gefilmt hat. Aber das macht den Unterschied.

**Steltner:** Die Macht der Bilder darf man nicht unterschätzen. Für Berlin fällt mir ein ziemlich prominentes Beispiel ein: Es ging um einen U-Bahn-Schläger, der im Bahnhof Friedrichstraße mit einem Passanten in Streit geraten war. Vor laufender Überwachungskamera hat er auf die am Boden liegende Person brutal eingetreten. Die Polizei arbeitete mit einer Öffentlichkeitsfahndung. Die Aufnahmen der Tat wurden in den Medien gezeigt. Das war der Grund dafür,



Foto: Zielasko

nicht so leicht aus der Welt.

**DP: Diese Amateurbilder werden aber auch von seriösen Medien genutzt, um Berichte zu verfassen und Stellungnahmen bei den Pressestellen der Polizei und der Staatsanwaltschaft einzuholen.**

**Neureuter:** Herr Bendixen würde sicherlich fragen, was war denn vorher los? Viele im Netz machen das aber nicht. Da geht es um die Botschaft, nicht um die Nachricht.

dass diese Tat zu einer bundesweiten Berichterstattung geführt hat. Dieser Fall war allein durch seine Bilder ein Beispiel für die steigende Gewalt im öffentlichen Personennahverkehr.

**DP: Durch solche Bilder wird auch Druck auf die Politik ausgeübt.**

**Steltner:** Richtig.

**DP: Ist dies von Vorteil oder von Nachteil?**

**Neureuter:** Es wird auf alle Ebenen



Druck ausgeübt. Nehmen Sie den Fall Tuğçe Albayrak. Die junge Frau wurde nach einem Streit an einem Fast-Food-Restaurant geschlagen und starb. Sie ist über die Medien zu einer Heiligen stilisiert worden. Eine gut integrierte Frau mit Migrationshintergrund am Anfang ihres Lebens wurde von einem schlecht integrierten Menschen mit ausländischen Wurzeln getötet. Wertfreie Ermittlungen waren durch die Berichterstattung stark erschwert. Später wurde darüber diskutiert, ob der Verstorbenen nicht postum das Bundesverdienstkreuz zugesprochen werden müsste. Nach monatelangen Ermittlungen und umfangreichen Vernehmungen kam es dann zu einer kritischen Betrachtung des Falls. Vieles, was bis dahin diskutiert wurde, war auf einmal weg. Diesem Druck kann sich keiner entziehen. Und am Ende gab es nur Verlierer.

**DP:** *Irgendwo im ländlichen Raum passiert etwas. Uplötzlich rufen da nicht nur zwei Journalisten vom Lokalblatt an, sondern die ganze Bundesrepublik. Müsste es in solchen Situationen nicht Szenarien geben, um die Anfragenflut so zu bewältigen, dass man weitgehend Herr der Lage bleibt?*

**Neureuter:** Das klassische Polizeipräsidium auf dem Land hat solche Fälle vielleicht alle fünf Jahre. Dafür Strukturen zu schaffen, na ja. Zumindest gibt es dort periodisch Überlegungen und auch Fortbildungen. Man beschäftigt sich mit Ereignissen, die zu großem Medienecho führten. Außerdem besteht ein Länder-Verbund der Pressestellen, in dem sich ausgetauscht wird. Aber wenn sie selbst in dieser Situation stecken, erfinden sich die Pressestellen plötzlich neu, und deren Mitarbeiter mühen sich, umzusetzen, was sich woanders bewährt hat. Und geeignetes Personal wird dann sofort in allen Einsatzabschnitten gebraucht. Es schreit dann ja nicht nur die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach geeignetem Personal.

**Bendixen:** Das Zugunglück von Bad Aibling vor ein paar Monaten: Ein regionales Polizeipräsidium, das normalerweise nicht mit der internationalen Presse zu tun hat, sondern mit Lokalzeitungen, Lokalfernsehen, bestenfalls noch ein bisschen mit dem Bayerischen Rundfunk (BR). Die schaffen es, aus der Gesamtabteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vier Beamte an den Unglücksort zu bringen und vier Beamte im Haus für Fragen bereitstehen

zu lassen. Und das geht, wenn man sich vorher überlegt hat, was alles passieren könnte. Solche Ereignisse brechen meiner Meinung nach eben nicht alle fünf Jahre wie ein Blitz aus heiterem Himmel über eine Polizeidienststelle herein.

**Neureuter:** Also Planentscheide oder Vorbereitungen gibt es natürlich zu allen großen Einsatzlagen. Wenn Sie eine größere Schadenslage nehmen oder eine Amoklage. Dass dann der Einsatzabschnitt Pressearbeit einen ganz bestimmten Zuschnitt haben muss, ist ja klar. Wann aber beginne ich, diesen Einsatzabschnitt auch mit Personal zu unterfüttern? Andere haben ebenfalls einen hohen Personalbedarf. Es existieren vorbereitete Listen darüber, wer in welchen Pool gehört. Geübt ist das in der Regel nicht. Die meisten Polizeiführer wissen aber schon, wie wichtig eine ordentliche Pressearbeit ist. Natürlich gerade vor dem Hintergrund der Einsatzbewertung.

**DP:** *Ist es heute üblich, dass bei großen Ereignissen mobile Pressestellen vor Ort sind? Ist es vorstellbar, dass es im ländlichen Raum schwieriger ist – gerade bei Amoklauf oder Geiselnahme.*

**Neureuter:** Bei herausragenden Einsatzlagen sind immer polizeiliche Ansprechpartner für die Presse vor Ort. Stellen Sie sich vor, wir hätten hier in der Nähe einen Amoklauf. Sie schaffen es doch nie, die Journalisten vom Einsatzort wegzulocken.

**Bendixen:** Vermutlich nicht.

**Neureuter:** So ist es.

**DP:** *Im Zeitalter mobiler Technik kann der Journalist wie selbstverständlich am Flatterband stehen und per Handy ständig alle offiziellen Informationen bekommen. Alle inoffiziellen kann er im direkten Einsatzgeschehen beobachten ...*

**Neureuter:** Auch in digitalen Zeiten ist der Wert eines Vier-Augen-Gesprächs auf vertraulicher Basis nicht zu verachten.

**Bendixen:** Allein die Atmosphäre an einer Einsatzstelle zu erleben und die Nervosität der Leute mitzubekommen. Und manchmal, vielleicht ist es ein bisschen aus dem Nähkästchen geplaudert, ist es das Beste, erst mal nur zu schauen. Keine Fragen zu stellen, nichts aufzunehmen, nichts aufzuschreiben, sondern das Geschehen einfach auf sich wirken zu lassen. Wie da agiert wird, wer da mit wem und wer gegen wen agiert.

## Björn Neureuter



**Björn Neureuter, Polizeioberst. Zwölf Jahre Polizeibeamter in Berlin – mittlerer, gehobener und höherer Dienst. Jetzt Leiter eine Dienststelle in Andernach/Rheinland-Pfalz. Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Schutzpolizei. Seit einigen Jahren beschäftigt er sich intensiv mit dem Thema Krisenkommunikation.**

**Foto: Zielasko**

**DP:** *Fernsehjournalisten haben es da wahrscheinlich leichter als Agenturkollegen, die quasi mit dem Pistolenschuss schon die erste Nachricht abliefern müssen. Registriert denn die Polizei diesen Informationsdruck der anderen Seite? Und will sie darauf überhaupt eingehen?*

**Neureuter:** In bestimmten Situationen steigt der mediale Druck, das ist der Polizei klar. Die Pressestellen beraten den Einsatzführer, wie in der Lage bestmöglich medial zu agieren ist. Man sucht auch den Kontakt zur Staatsanwaltschaft. Wie schnell man dann tatsächlich ist, vor allem, wenn es zu einer kritischen Betrachtung von Polizeiarbeit kommt, das steht auf einem anderen Blatt. Denn dann hat man auch die Politik im Boot, die den Takt vorgibt.

**DP:** *Wenn sich beispielsweise der Innenminister einschaltet, wird die Polizeiarbeit entschleunigt?*

**Neureuter:** Polizeiliche Pressearbeit fin-



## PRESSEARBEIT

det dann eher nicht mehr statt.

**Bendixen:** Eine konkrete Anfrage an ein Polizeipräsidium, in der irgendjemand eine politische Komponente vermutet und sie deswegen vorsichtshalber an das Innenministerium weiterleitet, ruht erst mal eine Woche. Bis sich dort ein Referent überlegt, was der Minister wohl davon hält, und was ihm dabei schaden könnte, vergeht wertvolle Zeit.

**Neureuter:** Die Rolle einer polizeilichen Pressestelle ist immer eine besondere. Schauen wir aber im Vergleich auf einen Konzern wie VW. Auch da ist Pressearbeit ab einem gewissen Zeitpunkt politisch.

**DP: Herr Steltner, wie geht man vor dem Hintergrund großer Razzien und einer Schar von Anwälten, die nur darauf warten, gegen Sie zu Felde zu ziehen, mit der Öffentlichkeit um? Wird häufiger zweimal überlegt, wann man was nach draußen gibt?**

**Steltner:** Dieses Problem berührt die Polizei, soweit ich das beurteilen kann, noch nicht so. Aber das wird mit Sicherheit noch kommen. Uns trifft es schon mit voller Wucht. Bei Fällen der OK, der Wirtschaftskriminalität, wird nicht nur strafverteidigt, sondern parallel durch einen Medienanwalt dafür gesorgt, dass die Reputation des Beschuldigten nicht zu Schaden kommt. Für uns heißt das, besonderes Fingerspitzengefühl aufzubringen und keine Stockfehler zu machen. Klar passieren die: die unbedachte Äußerung auf Pressekonferenzen oder die nicht ausreichend berücksichtigte Unschuldsvermutung in einer Presserklärung. Da kann man nur versuchen, möglichst fehlerfrei zu arbeiten, was nicht immer ganz einfach ist.

**DP: In der Vergangenheit sind von Staatsanwaltschaften Namen herausgegeben worden, was angesichts des Falles und in der entsprechenden Situation wohl nicht unbedingt notwendig gewesen wäre.**

**Steltner:** Das sind ja immer die gleichen Fälle, die auch in Foren und Seminaren angeführt werden. Die kann man beliebig fortsetzen von Hoeneß zuletzt, Wulff, Tic Tac Toe, Zumwinkel, Kachelmann und, und, und. Da halte ich mich mit einer Bewertung zurück. Oftmals steckt dahinter eine ausgeklügelte PR-Strategie. Die Medienberichterstattung ist teilweise exzessiv und bietet Nischen für Medien-

anwälte, uns in Haftung zu nehmen. Die Journalisten präsentieren mir recherchierte Namen. Es dauert heutzutage nur Minuten, bis Namen recherchiert sind. Aber ein so fahrlässiger Fehler, Namen von Personen in einem zu frühen Stadium herauszugeben, also, das sollte nicht passieren. Wir haben im Übrigen auch Presserichtlinien, an denen wir uns orientieren. Wir wägen ab zwischen der Nachricht auf der einen Seite sowie dem Geheimhaltungsinteresse und den zu berücksichtigenden Persönlichkeitsrechten Betroffener andererseits. Alles ist schneller und dynamischer geworden. Vor 20 oder 30 Jahren ist nur in seltenen Fällen über einzelne Personen und deren Schicksale berichtet worden. Heutzutage ist das Einzelschicksal Hauptbestandteil mancher Medien und verschafft erst die Klicks. Das führt zwangsläufig dazu, dass öfter Namen in den Medien auftauchen.

**Bendixen:** Die – neutral gesagt – restriktive Haltung der Staatsanwaltschaften in Sachen Wirtschaftskriminalität steht noch immer wie eine Eins. Jeder hochkarätige Wirtschaftskriminelle hat bei der Veröffentlichung des Falles einen justiziellen Schutz, den sich jeder Autodieb wünschen würde. Das ist in unserer Medienwelt nicht mehr durchzuhalten. Ich kann mich an einen Kriminaldirektor erinnern, der im Zuge des ersten Siemens-Skandals auf einer Pressekonferenz Kartellabsprachen erwähnte und wörtlich betonte: „Also für mich ist das organisierte Wirtschaftskriminalität in Reinkultur“. Es wurde sehr schnell politisch. Und er hörte auch zeitnah von seinem Minister, in dessen Wahlkreis die Zentrale des Konzerns lag. Wenn ich zudem daran erinnere, dass ein Frankfurter Staatsanwalt zur Zahlung einer kräftigen Schadensersatzsumme verpflichtet worden war, weil er den Namen eines Rechtsanwalts im Zusammenhang mit einem Wirtschaftsstrafverfahren bekanntgegeben hat, kann ich schon verstehen, dass man ein bisschen zurückhaltend ist. Aber gar nichts mehr zu machen?

**Steltner:** Man muss schon aufpassen, dass man nicht in eine Art Mehrklassengesellschaft gerät. Dass immer dann, wenn es interessant wird, und Geld im Spiel ist, also bei Verfahren der Wirtschaftskriminalität und der OK, besonders vorsichtig agiert wird. Und das vor allem mit Rücksicht auf die jetzt schon häufiger genannten



# COP® SPECIALS

Juli / August 2016

\*\*Gültig vom 20.06. bis 31.08.2016

MIT SHOPS IN BERLIN  
FRANKFURT · LEIPZIG  
MÜNCHEN · WIEN

**1 COP® "STAB AE Pro" Stichschutzweste (KR2) mit ballistischen Schutz (NIJ IIA)**

Art.-Nr. 9-STABAE5P-Größe  
Farbe: schwarz; Größen: S - 3XL  
Einlagen aus Aramid / Aramidlaminat,  
Hülle aus 100 % Nylon  
Gewicht: 2,2 kg (Gr. L)





AKTIONSPREIS!

€ 299,90

statt 899,99\*\*\*

**2 Halbschuh MAGNUM® "MPT"**

Art.-Nr. 87800745-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)  
keine halben EU-Größen  
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 410 g  
Obermaterial: atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder.





AKTIONSPREIS!

€ 49,90

statt 69,99\*

Größe US	7	7,5	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

**3 Under Armour® Tactical Valsetz Stiefel**

Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)  
Farbe: beige und schwarz  
Größen beige: US 7 - 8 und 9 - 13; 14; 15 (EU 40 - 41 und 42,5 - 47,5; 48,5; 49,5)  
Größen schwarz: US 7; 8 - 13 und 14 (EU 40; 41 - 47,5 und 48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g  
Sportlicher, extrem bequemer und ultraleichter Einsatzstiefel von Under Armour®.





AKTIONSPREIS!

€ 99,90

statt 139,99\*

**4 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Compression**

Art.-Nr. UA12160075-Größe (schwarz)  
Art.-Nr. UA12160070-Größe (oliv)  
Art.-Nr. UA1216007B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1216007W-Größe (weiß)





AKTIONSPREIS!

€ 29,90

statt 39,99\*

**5 Under Armour® Boxershirt 2er Pack „Performance“ 6 Inch HeatGear®**

Art.-Nr. UA12381375-Größe  
Material: 90 % Polyester, 10 % Elasthan  
Farbe: schwarz  
Größen: S - 3XL





AKTIONSPREIS!

€ 29,90

statt 39,99\*

**6 Under Armour® Tactical Basecap „Spade“**

Art.-Nr. UA12491695 (schwarz)  
Art.-Nr. UA12491690 (oliv)  
Material: 97% Baumwolle, 3% Elasthan  
Farben: schwarz & oliv; Einheitsgr.





AKTIONSPREIS!

€ 19,90

statt 29,99\*

**7 Under Armour® Tactical T-Shirt „Charged Cotton BFL“ HeatGear®**

Art.-Nr. UA12398795-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: S - 2XL  
100% Baumwolle





AKTIONSPREIS!

€ 19,90

statt 29,99\*

**8 Under Armour® Sporttasche „Undeniable X-Large Duffel“**

Art.-Nr. UA12618345  
Größe: 43 x 89 x 41 cm  
Material: 100% Polyester





AKTIONSPREIS!

€ 39,90

statt 59,99\*

\* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. \*\*\* ehemaliger Verkäuferpreis  
\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. Juni bis 31. August 2016

Versand in Österreich über den Shop in Wien: [www.cop-shop.at](http://www.cop-shop.at)

Follow us at:  
[www.facebook.com/copgmbh](http://www.facebook.com/copgmbh)  
[www.youtube.com/user/copgmbh](http://www.youtube.com/user/copgmbh)





COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail [service@cop-gmbh.de](mailto:service@cop-gmbh.de)

# www.cop-shop.de

Medienanwälte. Auch bei den Medien selbst ist das ja zu beobachten. Aus Furcht vor presserechtlichen Auseinandersetzungen mit Unterlassungsansprüchen wird dann eben gar nicht mehr über die OK-Struktur berichtet. Bei Lieschen Müller sind die Probleme geringer.

**Neureuter:** Bei Lieschen Müller gibt es auch keine Rechtsberater, die das strafbare Handeln im Vorfeld noch mal abprüfen.

**DP: Wie schätzen Sie die Tatsache ein, dass offenbar bei größeren Fällen immer häufiger Journalisten vorab über die Maßnahmen von Polizei und Justiz informiert werden, um – sagen wir es mal so – nicht zu spät zu kommen? Oder stimmt das vielleicht gar nicht?**

**Neureuter:** Ich kenne diese Fälle nur in der Variante, dass Journalisten an die Pressestelle oder eine andere Stelle herantreten und sagen, wir wissen um eure Ermittlungen, dass es um diesen oder jenen Straftatenkomplex geht, und wir wollen jetzt gerne darüber berichten. Eventuelle Absprachen laufen dann nur, wenn der Journalist selbst recherchiert hat. Man vereinbart, bestimmte Informationen noch zurückzuhalten, um die Ermittlungen nicht zu gefährden. Wenn dann weitere Ermittlungsschritte anstehen und die Maßnahme vollzogen wird, kommt dann zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Hinweis.

**Bendixen:** Es kommt gelegentlich auch der Hinweis: Okay, uns würde es zwar sehr stören, aber Ihnen doch eher helfen, bekämen Sie ein Bild, auf dem 20 Kriminalbeamte Kisten aus einem Büro tragen. Ach, und wenn Sie dieses Bild machen möchten, wäre es hilfreich, morgen früh um zehn Uhr sich da und dort einzufinden. Natürlich sind das die Absprachen, die stattfinden. Wie soll es auch anders sein? Aus Sicht der Strafverfolgungsbehörden ist das ja auch Schadensbegrenzung. Die sagen sich, bevor der Bendixen heute Abend im Rundfunk berichtet, dass wir gegen die Firma XYZ ermitteln, die das spitzkriegern und sofort alles im Reißwolf schreddern, ist es doch besser, ein paar Fotos oder Filmaufnahmen in Kauf zu nehmen.

**Steltner:** Trotz des Drucks in den Medien sind die meisten Journalisten vernünftige Menschen, die mit sich reden lassen und denen durchaus bewusst ist, dass sie eine staatsbürgerliche Verantwortung tragen. Solche Deals sind, klar gesagt, Ausnahmefälle. Und zwar

deswegen, weil sie schwer beherrschbar sind. Das kann auch in die Hose gehen. Aber gut, der Journalist hat eine eigenrecherchierte Information, und wir sagen: Stimmt, aber es wäre ganz schlecht, wenn das jetzt schon auf den Markt käme. Wir haben da noch etwas vor. Wartet noch ein bisschen, ihr kriegt einen Hinweis, wenn keine Ermittlungsgefährdung mehr droht. Das kommt vor, aber längst nicht so häufig, wie man denken könnte.

**Neureuter:** Ich kenne keinen Fall. Ich kenne auch keinen, wo ein Pressesprecher auf den Gedanken gekommen wäre, beispielsweise vor einer Durchsuchung, ohne Not die Medien zu informieren.

**Bendixen:** Das würde ich auch von einem Pressesprecher nicht erwarten. So eine Information wie „Geh doch um zehn Uhr mal genau dahin, trink einen Kaffee und warte einfach ab, was

hätte in der Vergangenheit völlig im Benehmen der Polizei oder deren Pressestellen gestanden, auf einen Migrationshintergrund hinzuweisen oder eben nicht, entspricht nicht den Tatsachen. Da wurde im Gegenteil eine sehr hohe Sensibilität erwartet und zweitens die Frage gestellt, hätte es denn einen taktischen Nutzen? Ich bin mir sicher, dass aufgrund dieser Erwartungshaltung heraus in den meisten Pressemeldungen das Thema nach Möglichkeit umschifft wurde. Aber: Wenn ich fahnde, und es geht um einen dunkelhäutigen Menschen, dann macht es keinen Sinn, nur darauf hinzuweisen, dass der männlich, ungefähr 35 Jahre alt ist und ein rotweiß-kariertes Hemd getragen hat. Ich muss intensiv prüfen, ob ich nicht besser auch vermelde, dass er eine dunkle Hautfarbe hat. Auch bei einer kulturell bedingten schweren Straftat



**Foto: Zielasko**

passiert“, das kann doch eine Pressestelle nicht leisten. Das müssen andere machen.

**DP: Ein anderes, jüngst viel diskutiertes Thema: Wann wird bei Tatverdächtigen der Migrationshintergrund genannt? Muss man das machen, wenn eine Pressestelle gefragt wird, wo der Täter herkommt? Das war auch der Standpunkt unseres Bundesvorsitzenden Oliver Malchow, der sagte, wenn ein Pressevertreter anruft und konkret nachfragt, kann ich denen auch sagen, woher die Täter stammen. Wie wird das von der Polizei eingeschätzt?**

**Neureuter:** Vorab: Zu behaupten, es

wäre es nicht sachgerecht, darauf nicht hinzuweisen. Wen interessiert es aber bei einem einfachen Ladendiebstahl, welchen Migrationshintergrund der Tatverdächtige hat? Und falls ein Journalist fragt, dann sagen wir entweder gar nichts oder eben die Wahrheit. Das ist meines Wissens jetzt die Sprachregelung der meisten Polizeien.

**DP: Spielt es eventuell eine Rolle, wo sich der Laden befindet? Wenn der Ladendieb möglicherweise aus einem Flüchtlingsheim kommt und in der Ecke deutlich mehr Ladendiebstahle registriert werden als anderswo? Irgendwo hat es ja schon einen Bezug?**



**Neureuter:** Klar, wir wissen von Gruppen, die vornehmlich aus dem osteuropäischen Raum kommen und hier organisiert Ladendiebstähle begehen. Dieser Fakt kann dann in einem Gespräch mit Journalisten so dargestellt werden. Ob ich das aber zum Gegenstand einer Pressemeldung machen würde? Nur, wenn man schon über dieses Deliktphänomen redet, dann sollte man auch die Hintergründe darstellen.

**Bendixen:** Manche Delikte werden ja nahezu ausschließlich von bestimmten ethnischen Gruppen begangen. Denken Sie an die Enkeltrick-Betrügereien. Da kommen Sie irgendwann nicht herum, Länder oder Ethnien zu nennen. Ansonsten wird die Sache ja lächerlich.

**DP: Herr Steltner, wenn ein Journalist fragt, woher die Täter kommen: Gibt es da abgestimmte Vorgaben zwischen Polizei und Justiz?**

**Steltner:** In aller Regel nennen wir auf Nachfrage die Herkunft. Es gibt keine entsprechenden Absprachen. Im Zweifel sagt die Polizei: „Entscheidet ihr das von der Staatsanwaltschaft“. Ich zitiere mal aus unseren Presserichtlinien: „Auskünfte über die Herkunft, die ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, sexuelle Orientierung, die Hautfarbe sowie eventuelle Vorstrafen von Verfahrensbeteiligten werden nicht erteilt, sofern ihre Verwendung geeignet ist, Vorurteile oder Diskriminierungen zu fördern und kein überwiegendes Interesse der Öffentlichkeit an ihrer Mitteilung besteht.“ So, jetzt entscheiden Sie! Wenn es um irgendwelche Kriminalitätsphänomene geht, die beispielsweise und typischerweise gewissen Ethnien zuzuordnen sind, dann ist es zum Verständnis wichtig, die Herkunft zu nennen. Das wird im Einzelfall entschieden. Im Zweifel würde ich es nennen. Warum denn nicht? Es ist doch eine wichtige Information. Wenn das von keinerlei Bedeutung wäre, dann gäbe es auch keinerlei Veranlassung, Angaben zur Herkunft zu machen. Aber Vertuschen und Verschleiern helfen definitiv nicht.

**DP: Wie sieht es aus mit Blick auf die sogenannten Großfamilien oder kriminellen Clans in diesem Land? Da steht ja meist eine wahre Anwaltsarmada parat.**

**Steltner:** Das ist doch ein Musterbeispiel dafür, wo Angaben zur Herkunft gemacht werden müssen. In der Vergangenheit hat es dazu polizeiliche

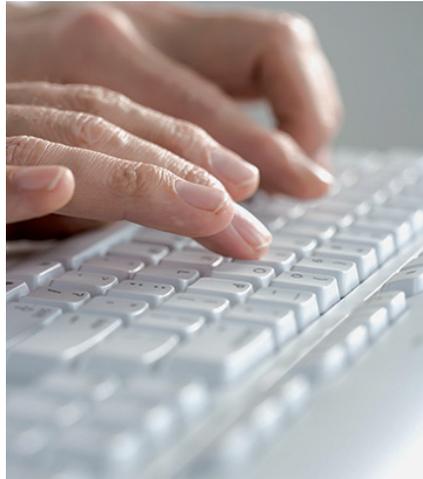


Foto: dpa

Ermittlungsgruppen gegeben, die sich mühten, speziell die Herkunftsfrage aufzuklären. Da dann keine Angaben zu machen wäre nicht zielführend.

**Bendixen:** Wir sollten damit schon offensiv umgehen. Vielleicht ist es ganz vernünftig, eine Linie, die sich bei der Polizei vielfach durchgesetzt hat, fortzuführen. Nämlich einen Unterschied zu machen zur einheimischen Bevölkerung. Da spielt es dann keine Rolle, ob der Einheimische einen Migrationshintergrund hat.

**Neureuter:** Schwierig wird's dann, wenn es um „Ehrenmordfälle“ geht.

**Bendixen:** Die Täter sind doch alle hier ansässig.

**Neureuter:** Richtig, und sie sind teilweise seit zwei oder drei Generationen in unserem Land. Trotzdem pflegen einige noch immer ein kulturelles Verständnis, das nicht in unseren Rechtsstaat passt.

**Bendixen:** Gut, ich sehe vor allem ganz praktische Überlegungen: Wenn ein Arbeiter mit türkischen Wurzeln auf dem Heimweg eine deutsche Rentnerin überfährt, ist es nicht notwendig zu sagen, dass er oder seine Familie aus der Türkei stammen. Wenn ein nigerianischer Asylbewerber eine Unterkunft zum Drogenumschlagplatz macht, wird man dessen Herkunft nicht verschweigen können. Aber auch die Medien sind teils verunsichert und stricken am Problem mit. Sehen Sie: Da ist einem Afghanen die Frau, die er immer verprügelt hat, davongelaufen und hat sich ins Frauenhaus geflüchtet. Er hat davor gewartet, seine Frau 500 Meter verfolgt und sie später mitten auf einem belebten Platz erstochen. Aus diesem afghanischen Mann, dem offensichtlich sein „Ei-

gentum“ abhandengekommen war, hat eine große Zeitung dann einen 32-jährigen Neuhausener gemacht. Das ist ein Münchner Stadtteil. Dort war unwidersprochen der Wohnsitz dieser Familie. Das verschleierte diese ganze Geschichte eher, als dass sie klarer und nachvollziehbarer wird. Das nimmt doch völlig skurrile Züge an. Große Zurückhaltung ist da nicht unbedingt hilfreich.

**DP: Stimmt der öfter gehörte Vorwurf, dass hierzulande Polizei und Justiz bewusst Informationen zurückhalten beziehungsweise Fakten vertuschen? Oder sind das vor allem Internetmärchen?**

**Steltner:** Diesen Vorwurf weise ich entschieden zurück. Das sind in der Tat Märchen, deren einzige Bestimmung es ist, eine Story zu präsentieren. Es wird definitiv nichts vertuscht. Auf der anderen Seite wird natürlich auch nicht alles gesagt. Das halte ich jedoch für selbstverständlich.

**Neureuter:** Herr Steltner hat völlig Recht. Hier wird nichts vertuscht. Es ist nicht immer möglich, übrigens auch im Interesse des Beschuldigten, alle Informationen preiszugeben. Das Wahre des geltenden Rechts darf nicht mit einem mutwilligen Vertuschen von Sachverhalten verwechselt werden.

**Bendixen:** Zumindest glaube ich, dass die Medien nichts vertuschen, auch wenn die politischen Vorgaben manchmal so zu sein scheinen, dass man es glauben möchte. In unserem Medienzeitalter bleibt aber sowieso nichts unentdeckt. Das ist doch nur eine Frage der Zeit. Andererseits erzählten mir Pressesprecher von Polizeipräsiden, sie hätten teils unglaublichen Druck aus dem eigenen Haus, und zwar von Beamten, die sticheln „Ihr vertuscht ja wieder alles“. Beispielsweise, dass es jede Nacht Einsätze in Flüchtlingsunterkünften gibt, die auf Druck von oben von den Pressestellen nicht weiter gegeben werden.

**Die DP-Redakteure Wolfgang Schönwald und Michael Zielasko bedanken sich bei Herrn Steltner, Herrn Bendixen und Kollegen Neureuter für das mehr als einstündige Gespräch in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.**



# Ehrliche und umfassende Auskünfte erwünscht

## Sexuelle Übergriffe auf junge Frauen bei Veranstaltungen

Von Gerald Gouasé

**Selten haben Polizeieinsätze wie in der Kölner Silvesternacht so breiten Raum eingenommen und eine ausführliche Diskussion in der politischen und medialen Welt nach sich gezogen. Wir verfolgen die Ereignisse und Berichte aus der Ferne mit großem Interesse – und stehen eigentlich vor den gleichen Herausforderungen. Die unzähligen Darstellungen helfen uns nicht bei der täglichen Polizeiarbeit und Einsatzbewältigung. Es ist sieben Monate nach Köln höchste Zeit, die Bekämpfung des Phänomens zu thematisieren.**

**K**öln, Hamburg, Berlin, Darmstadt – diese Städte sind mittlerweile leider auch verbunden mit sexuellen Übergriffen auf junge Frauen durch Gruppen von Asylbewerbern. Ein wirklich neues Kriminalitätsphänomen hat in Köln ein politisches und polizeiliches Erdbeben ausgelöst – ein Polizeipräsident musste gehen, Regierungsmitglieder wurden zum Rücktritt aufgefordert.

Die Vorfälle ließen die Rechtswissenschaft und die Bundesregierung über Strafrechtsänderungen nachdenken – die bekannten Defizite des Sexualstrafrechts wurden sehr offensichtlich, neue rechtliche Regelungsbedürfnisse entstanden, im Juli handelte dann der Gesetzgeber. Zugleich wurden die Akzeptanz- und Integrationsbemühungen zurückgeworfen – ausländisch aussehende Männer werden in Saunen und Schwimmbädern angefeindet und verdächtigt. Zudem erhielt rechtes Gedankengut Auftrieb – Bürgerwehren wurden auch gegründet, „um junge Frauen vor Ausländern“ zu schützen. Die Bevölkerung wurde darüber hinaus massiv verunsichert und eine Diskussion über Vermeidungsverhalten ausgelöst.

**O**b diese Reaktionen immer angemessen und nachvollziehbar sind und wie sich die tatsächliche Kriminalitätslage darstellt, das spielt kaum eine Rolle. Fakt ist, dass die Übergriffe die Menschen verunsichern, wie selten zuvor andere Delikte. Die politische Berichterstattung und mediale Investigation waren so umfassend, dass das Wissen der Polizei nahezu deckungsgleich ist mit dem des aufmerksamen Zeitungslesers.

### Solche Übergriffe dürfen nicht geschehen

Eine gründliche Erforschung des Phänomens, wie sie die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu Recht fordert, und die Abstimmung von Standards für die täglichen Einsatzlagen liegen noch nicht vor. Bis dahin müssen Einsatzplaner und Polizeiführer auf der Basis ihres Wissens und ihrer Erfahrung Wege finden, die jeweilige Lage richtig zu beurteilen, Taten zu verhindern und geeignete Einsatzmaßnahmen zu veranlassen.

Klar ist nur, dass solche Übergriffe nicht geschehen dürfen. Das Leiden der Opfer und die oft langfristigen Auswirkungen auf ihr Leben, die Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger, der Schaden für Städte und Veranstalter sowie der Vertrauensverlust in die Polizei müssen künftig vermieden werden.

Am 9. Juli wurde veröffentlicht, es habe in der Silvesternacht über 900 Opfer in Köln, Hamburg und anderswo in Deutschland gegeben. Dem stünde die vergleichsweise geringe Zahl von circa 140 ermittelten Tatverdächtigen gegenüber. Die Beweislage sei oft unzureichend. **Wir können in der Praxis nicht warten, denn wir tragen Verantwortung und die Menschen verlassen sich darauf, dass die Polizei die „Sache im Griff hat“.**

Im Rahmen einer Einsatzplanung und bei Recherchen zu diesem Artikel hörte ich mehrfach von Kollegen, ich solle mir keinen Kopf machen, da wir in Rheinland-Pfalz keine Fälle hätten. Dies entspricht in der Tat dem aktuellen Lagebild. Ich antwortete stets: „Bislang!“ Und darin liegt das erste Problem. **Wir müssen uns mit dem, was**

**wir über bisher bekannt gewordene Täter und Tatsituationen wissen, befassen** – unabhängig von einer Fallbelastung im Land. **Dann werden wir hoffentlich und vielleicht auch nicht überrascht.** Den Ausgangspunkt meiner Überlegungen bilden die bisher bekannten Fakten.

### Die Täter

Über die bekannten Tatverdächtigen wissen wir, dass es sich überwiegend um Nordafrikaner handelte, aber auch Pakistani, Iraker und Syrer waren darunter. Ausschließlich Männer unter 30 traten in Erscheinung. Sie wohnten in der Tatort-Stadt oder in der Nähe. Von weither anreisenden Tätergruppen oder gar reisenden Tätern, die sich von Tatort zu Tatort begeben, hörte man bisher noch nichts.

Sie waren fast ausschließlich Asylbewerber. Nach wie vor fehlen uns vollständige Informationen zu Flüchtlingen, ganz zu schweigen von einer wünschenswerten Vernetzung der Dateien. Die Anstrengungen in der Gesetzgebung und Verwaltung schätze ich nicht gering. Von einer lückenlosen Registrierung und einem fundierten Datenaustausch sind wir allerdings noch weit entfernt.

Auf den Veranstaltungen traten sie immer in Gruppen auf, unbewaffnet und nicht erkennbar unter Alkohol oder Drogen stehend.

### Die Opfer

Bei den Opfern handelte es sich stets um junge Frauen, mitunter erst 14 Jahre alt, meist aber volljährig. Das Tragen von leichter Kleidung (zum Beispiel Rock, Bluse oder T-Shirt), die ein Betasten von Busen oder Intimbereich einfacher macht, erhöht die Opferwahrscheinlichkeit.

### Der Modus Operandi

Die typische Begehungsweise ist unglaublich brutal und menschenverachtend. Sie umfasste das Einkreisen und danach Separieren der Opfer von ihren





**Gerald Gouasé ist stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bundesfachausschusses Kriminalpolizei. Der 54-jährige Kriminaldirektor leitet die Polizeidirektion Worms.**  
Foto: privat

## Die Tatgelegenheitsstruktur

Die günstige Gelegenheit ergibt sich auf öffentlich zugänglichen Festen, die in die Dämmerung oder Dunkelheit hineinreichen, und bei denen es eng zugeht. Musikfeste für junge Leute mit entsprechend orientierter Musikrichtung sind wohl prädestiniert, weil dort viele potenzielle Opfer hinkommen. Die Lautstärke der Musik und eine lärmende Menge übertönen Schreie und Hilferufe von Opfern. Angesichts der geringen finanziellen Möglichkeiten potenzieller Täter sind Taten bei kommerziellen Veranstaltungen mit hohen Eintrittspreisen eher nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sind mir zwei Aspekte besonders wichtig: Wir stehen einer Vielzahl potenzieller Täter gegenüber, die sich vielleicht in kleinen Gemeinden, aber sicher nicht in größeren Gemeinden und Städten im Vorhinein feststellen lassen. Damit fehlt ein wesentlicher Teil des Lagebildes. Wir können nur im Einzelfall erkennen, wo es potenzielle Straftäter gibt. Die Tatgelegenheiten allerdings lassen sich verifizieren. Wir kennen die Feste in unseren Dienstbezirken und das jetzige Wissen reicht bereits aus, kritische Situationen vorauszuendenken. Das ist meines Erachtens der wichtigste Ansatzpunkt in der Praxis.

## Prävention

**Die beste Prävention liegt sicher in einer maximalen Integration der Asylbegleitenden.** Erst wenn unsere kulturellen und normierten Regeln verstanden

und verinnerlicht wurden, kann angepasstes Verhalten folgen. Viele Tatverdächtige der Silvesternacht waren erst wenige Monate in Deutschland. Die seit einigen Tagen vorgeschriebene Teilnahme an Integrationskursen könnte zielführend sein. Es bestehen allerdings Zweifel, ob schnell viel zu erreichen ist. Wer das Bild der untergeordneten Frau, in der Gewalt und die permanente sexuelle Verfügbarkeit gelebt werden, verinnerlicht hat, wird als Mann diese „Kultur“ eher nicht ablegen wollen. Selbst in Deutschland geborene und aufgewachsene junge Männer, die die Geringschätzung und Unterwerfung von Frauen und Mädchen tagtäglich zuhause und ihrer Gemeinschaft gesehen haben, sind dafür anfällig.

Gezielte Aufklärung wäre günstig, aber die Vielzahl potenzieller Täter wird schwer zu erreichen sein. Die Präventionsaktivitäten der Polizei, anderer Behörden und nichtstaatlicher Organisationen leiden unter Ressourcenknappheit und werden oft zuerst gestrichen. An Fachwissen, gutem Willen und Engagement mangelt es hingegen meist nicht. Wir sollten versuchen, mit einer guten Vernetzung und Abstimmung, zum Beispiel über kriminalpräventive Räte, Migrationsbeiräte oder Präventionsvereine, auch das Thema „Verhinderung sexueller Übergriffe“ zu bearbeiten.

Die Bemühungen der Polizei, die in der Karnevalszeit sogar in Flüchtlingsunterkünften über das Brauchtum und die Regeln referierte, können nur eine Ergänzung der Aufgabenwahrnehmung zuständiger Stellen sein. Wir sollten unsere Rolle schon ernst nehmen und den Hauptakteuren bei

Begleitern. Anschließend wurden die Frauen überall angefasst, Finger in Körperöffnungen gesteckt, geschlagen, getreten, gewürgt, ihre Kleidung zerrissen oder entfernt. In vielen Fällen wurden Frauen während des sexuellen Übergriffs bestohlen oder beraubt, zum Beispiel ihres Mobiltelefons und Bargelds.

**Dieser Modus Operandi der Sexualstraftaten in Gruppen ist neu und geht über bislang bekannt gewordene Delikte von Einzeltätern oder ein Begrapschen weit hinaus.** Aus Indien hörten wir in den vergangenen Jahren immer wieder von Vergewaltigungen junger Frauen durch mehrere Täter, die teilweise zum Tod der Opfer führten und sehr schockierten. Die hier in Rede stehenden sexuellen Übergriffe erinnern daran.

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

Wir helfen denen, die helfen...

### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger:  
Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



der Integration nach Kräften helfen – unseren Auftrag aber nicht über Gebühr ausdehnen.

**E**rkannte Tatverdächtige können natürlich mit Gefährdungsansprachen durch die Polizei überzogen werden. Vorbeugende erkennungsdienstliche Behandlungen im rechtlich größtmöglichen Umfang versprechen neben dem generalpräventiven Aspekt im Ernstfall eine günstigere Beweislage. Die Angst vor den gravierenden Folgen schreckt bekanntlich ab. Der Gesetzgeber verschärfte am 7. Juli das Aufenthaltsgesetz: Ausländische Sexualstraftäter können nun leichter abgeschoben werden. Das könnte wirken.

Zwei der Kölner Tatverdächtigen erhielten an jenem Tag die Quittung für sexuelle Nötigungen – je ein Jahr auf Bewährung. So deutliche Urteile zeigen potenziellen Tätern dann auch wirklich den gesellschaftlichen Willen in diesem Land.

Kreative könnten ein Symbol erfinden, das „Finger weg von fremden Frauen“ ausdrückt. So etwas hat tatsächlich Wirkung. Die Symbolsprache wird in vielen Bereichen eingesetzt – warum nicht auch an gefährlichen Orten oder bei Veranstaltungen.

### Maßnahmen in der konkreten Einsatzlage

Das Erkennen „kritischer“ Veranstaltungen könnte die erste Maßnahme jedes Inspektionsleiters sein. Im Gespräch mit dem Veranstalter sollte das Thema offen angesprochen werden. **Kein vernünftiger Veranstalter beziehungsweise Geschäftsmann** wird sich der Kooperation entgegenstellen und **möchte sein Event mit sexuellen Übergriffen auf Besucherinnen verbunden sehen.**

Das Verhindern entsprechender Taten und das sofortige Einschreiten sind natürlich Aufgaben jeder Einsatzkraft, unabhängig vom konkreten Auftrag in einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO). Gleichwohl sollte der Polizeiführer die Brisanz der Delikte und seine Erwartung im Einsatzbefehl und bei den Einsatzbesprechungen deutlich thematisieren.

Benachbarte Kräfte einzubeziehen ist ein weiteres Mittel. Die Aufmerksamkeit der Polizistinnen und Polizisten allein kann vieles verhindern. Das Phänomen ist aber jedem bekannt geworden, es besteht kein Geheim-

haltungsbedürfnis. Warum also nicht die Feuerwehr und Rettungsdienste, den Veranstalter, Sicherheitsdienste, kommunale Mitarbeiter oder beispielsweise Busfahrer bitten, ein Auge auf entsprechende Situationen zu werfen und bei Feststellungen unmittelbar die Polizei anzurufen? Für und wider gibt es, diesen Appell schriftlich per Flyer oder ähnliches zu übermitteln.

Liegt eine günstige Tatgelegenheitsstruktur vor, sollten meines Erachtens eigene Kräfte beauftragt werden, potenzielle Täter im Auge zu behalten. Das beginnt mit Vorkontrollen, insbesondere an den Haltestellen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und endet mit einem ganz konkreten Aufklärungsauftrag im Bühnenpublikum.

**P**roblematisch ist das Fehlen typischer Tatwerkzeuge, denn es sind meist die bloßen Hände, mit denen die Opfer genötigt oder vergewaltigt werden. Allerdings kann die Identitätsfeststellung und die klare Ansage, dass die Polizei beobachtet und sofort zur Stelle ist, ihre Wirkung entfalten.

Auf die technische Unterstützung durch Videokameras sollte nicht verzichtet werden. Die Bilder sind in zahlreichen Ermittlungsverfahren der Silvesternacht die einzige Hoffnung der Opfer, ihre Darstellung belegen zu können. Im Übrigen nehmen auch Personen, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, offene Kameraführung und gut sichtbare Hinweisschilder auf die Überwachung war. Eine umfassende und sichtbare Polizeipräsenz auf solchen Veranstaltungen ist wohl das Wichtigste. Opfer und Zeugen müssen uniformierte Polizei sehen und ganz schnell hinzuziehen können.

**I**m Einzelfall können Schutzräume für Frauen ausgewiesen werden. Dies bietet sich insbesondere bei räumlich sehr weitläufigen Veranstaltungen, zum Beispiel Karnevalsunzügen, an.

Das Verfügen einer niedrigen Einschreitschwelle durch den Polizeiführer zeigt allen die Bedeutung der Taten. Wer in Verdacht gerät, lernt sofort die Palette der möglichen strafprozessualen Maßnahmen kennen. Um eine stabile Beweislage zu schaffen, müssen so schnell als möglich Fachkräfte an den Tatort herangeführt werden können. Wo eine begründete Gefahr gesehen wird, sollte mit

Platzverweisen nicht gespart werden. Der Datenaustausch mit den Ausländerämtern, gegebenenfalls auch schon vor einem kritischen Ereignis, kann wichtige Hinweise bringen.

**Ja, es geht nicht ohne Widersprüche. Wir wollen die Neubürger integrieren und begrüßen sie aufs Herzlichste zu Festen. Gleichzeitig erschrecken wir sie mit gezielten Maßnahmen und Warnungen.**

### Öffentlichkeitsarbeit

**D**er medialen Begleitung der bekannten Vorfälle konnte man allein wegen ihrer Dimension nicht entgehen, und es bedarf keiner weiteren Darstellung. Bei erneuten Tatbegehungen ist auch künftig von gleichen medialen und politischen Reaktionen auszugehen. Auch wenn die Stimmung durch den Medienhype und schnelle Schlagzeilen mitunter angeheizt wurde, hat die Bevölkerung ein Recht, von solch gravierenden Delikten zu erfahren. Im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft erfolgt dann auch die Berichtserstattung über die Geschehnisse. Zu große Rücksichtnahme auf den Ruf einer Veranstaltung, den Veranstalter oder eine Stadt kann zum eigenen Schaden der Strafverfolgungsbehörden gereichen.

Die polizeiliche Arbeit öffentlich und justiziell auf den Prüfstand zu stellen, gehört ebenfalls zu den Regeln der Demokratie und stellt generell kein Problem für uns dar. In kritischen Situationen gehen wir zunächst einmal vom Rückhalt der politisch Verantwortlichen aus und erwarten einen fairen Umgang mit der Polizei.

### Fazit

In Anbetracht einer Million Flüchtlinge, die 2015 nach Deutschland gekommen sind, durchschnittlich 16.000 pro Monat in diesem Jahr hier Ankommender, des Stands der Integrationsbemühungen und den fehlenden Erkenntnissen zum relevanten Personenkreis ist die Thematik immer noch und überall aktuell. Veranstaltungen, die eine gute Tatgelegenheitsstruktur bieten, sollten von Seiten der Polizei und der Veranstalter erkannt und möglichst sicher gestaltet werden. Die Menschen erwarten ehrliche und umfassende Auskünfte zu Gefahren und Geschehnissen.



# Homepage der GdP im neuen Look und mit verbesserten Funktionen

Seit Mitte Juli erscheint die Homepage des Bundesvorstandes der Gewerkschaft der Polizei – [www.gdp.de](http://www.gdp.de) – in einem neuen und frischen Look. Der Internetauftritt wurde den neuen Gestaltungsrichtlinien der GdP angepasst und ist technisch so eingerichtet worden, dass dank eines „Responsive Designs“ [gdp.de](http://gdp.de) auch auf mobilen Endgeräten wie Tablets oder Smartphones sein volles Angebot nahezu verlustfrei entfalten kann.

Verbessert wurden weiterhin die in die Homepage integrierte Suchmaschine sowie die Nutzerführung über ein sogenanntes Mega-Dropdown-Menü.

Mit dem Relaunch der neuen Homepage entfällt die bekannte grüne Portalseite von [gdp.de](http://gdp.de). Die neue [gdp.de](http://gdp.de)-Startseite bietet aber weiterhin sowohl aktuelle Nachrichten aus dem GdP-Bundesvorstand sowie den Ländern und Bezirken als auch direkte Verlinkungen zu allen Bereichen des Internetauftritts.

Nutzer von Social-Media-Angeboten können über am rechten Bildrand zu findende Embleme ihre eigenen Accounts ansteuern und Beiträge weiterposten. Im unteren Bereich der neuen Homepage befinden sich unter anderen Verlinkungen zu den Social-Media-Angeboten der GdP. Login-Daten von Nutzern des Mitgliederbereichs von [gdp.de](http://gdp.de) behalten natürlich weiterhin ihre Gültigkeit

Der Internetauftritt des GdP-Bundesvorstandes ist momentan rund 13 Gigabyte „schwer“ und besteht aus über 35.000 Dokumenten. Aufgrund der Datenfülle kann es aber selbst nach zwei Wochen Echtbetrieb noch der eine oder andere Fehler kommen, der selbstverständlich schnellstmöglich behoben wird.

Und nun lädt der GdP-Bundesvorstand alle Nutzer herzlich ein, die neuen Seiten der GdP-Homepage ausführlich zu bestreifen ... **mzo**



Foto: Zielasko

## GdP-Bundesliga-Tippspiel geht in die nächste Saison

Nach der Fußballeuropameisterschaft in Frankreich wacht die Fußball-Bundesliga aus ihrer Sommerpause auf. Und das bedeutet: In Kürze können Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wieder auf der neu gestalteten GdP-Homepage [gdp.de](http://gdp.de) ihr Fußballwissen beweisen und an jedem Spieltag attraktive Karten für ein Heimspiel von Borussia Dortmund gewinnen.

Die GdP und ihr Kooperationspartner „SIGNAL IDUNA Gruppe“ loben wie in der vergangenen Saison für erfolgreiche Tipper die in Fankreisen heiß begehrten Eintrittskarten zu den stimmungsvollen Auftritten der Schwarz-Gelben im Dortmunder SIGNAL-IDUNA-Park aus.

Der jeweils beste Tipper eines Spieletages kann innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne selbst aussuchen, welches kommende Saisonmatch er oder sie im zumeist ausverkauften Dortmunder Fußballtempel zusammen mit einer Begleitperson erleben möchte. Gewinnerinnen und Gewinner der

beiden letzten Spieltage dürfen sich entsprechend Karten für die folgende Saison aussuchen.

Der Tippspiel-Gesamtsieger sowie das beste Tippteam (bis zu sechs Personen) erhalten wertvolle VIP-Tickets für ein Fußball-Wochenende inklusive der Anreise und einer Übernachtung.

Die genannten Preise erhalten ausschließlich Mitglieder der Gewerk-



schaft der Polizei. Bei der Auswertung der Spieltagergebnisse und der Krönung der Gesamtsieger werden die Mitgliedschaften der Erfolgstopper von der GdP geprüft.

Die gewonnenen Karten sind nicht veräußerbar. Grundsätzlich empfiehlt die GdP allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, schon vor dem ersten Tipp das auf der Tipp-Homepage leicht aufzufindende Regelwerk aufmerksam zu lesen. **mzo**

# Gewerkschaftsspitze a.D. schippert auf der Spree

**Mehrere Jahrzehnte Gewerkschaftsgeschichte kamen beim traditionellen Treffen ehemaliger Funktionsträger auf Bundesebene Anfang Juli in Berlin zusammen. Die Kapitäne a.D. der GdP enterten einen Spreedampfer, um mit ihren aktiven Vorstandskolleginnen und -kollegen Erinnerungen, aber auch Meinungen zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen auszutauschen.**

Gewerkschaftsarbeit hält offenbar jung. Das jedenfalls war der erste Eindruck als die ehemaligen Vorsitzenden und Mitglieder der Bundesgremien in Berlin eintrafen. Zur Bebilderung des Ereignisses hätte ein Griff in das Fotoarchiv genügt, so wenig haben sich die „Ehemaligen“ auch äußerlich verändert.

Es kamen zusammen: die ehemaligen GdP-Bundesvorsitzenden Hermann Lutz, Norbert Spinrath und Konrad Freiberg, die ehemaligen Vorsitzenden des Bundeskontrollausschusses Wolfgang Menzel, Otto Junker und Gerhard Remmet, die ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus-Jürgen Steffenhagen und Manfred Bienert sowie der ehemalige GdP-Bundeskassierer Manfred Stock. „Alterspräsident“ mit 92

Jahren, aber ungebrochener Jugendllichkeit und geistiger Wachheit, war Klaus Hübner, von 1953 bis 1968 Bundesgeschäftsführer der GdP in Düsseldorf und von 1969 bis 1987 Polizeipräsident in Berlin. GdP-Vorsitzender Oliver Malchow sagte: „Eure Namen

sind mit der Erfolgsstory der GdP unauflösbar verknüpft. Ihr habt nicht nur die Geschichte der GdP geschrieben, sondern auch in verschiedensten nationalen und internationalen Ämtern die deutsche und europäische Politik mitgestaltet.“ **hol**



**Tischgespräche (v. l.):** Bundeskassierer Jörg Bruchmüller, Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Klaus Hübner, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der GdP und von 1969 bis 1987 Polizeipräsident in West-Berlin.





**Unter Kontrolle:** Die Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, Arnold Plickert und Dietmar Schilff (r.), umgeben von zwei ehemaligen Vorsitzenden des Bundeskontrollausschusses, Otto Junker und Gerhard Remmet (1.u.3.v.li.)



**Alle auf einen Streich:** Ehemalige und Aktive der GdP auf dem Oberdeck eines Spreadampfers. Von links: Jörg Bruchmüller, Manfred Stock, Konrad Freiberg, Jacqueline Michelsohn, Hermann Lutz, Klaus Steffenhagen, Alberdina Körner, Tanja Richter, Elke Gündner-Ede, Dietmar Schilff, Oliver Malchow, Bodo Andrae, Manfred Bienert, Sascha Braun, Wolfgang Menzel, Arnold Plickert, Klaus Hübner, Otto Junker und Gerhard Remmet.

Fotos (4): Holecek

**Unverändert:** Hermann Lutz (l.) und Konrad Freiberg führten die GdP insgesamt 22 Jahre als Bundesvorsitzende.



# LEHR- UND STUDIENBRIEFE

Kriminalistik / Kriminologie

Von **Christoph Frings** und **Frank Rabe**.



## Band 16

Grundlagen der Kriminaltechnik I

2. Auflage 2016

**Umfang:** 140 Seiten / **Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] / Abo: 12,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0773-4

## Band 17

Grundlagen der Kriminaltechnik II

2. Auflage 2016

**Umfang:** 144 Seiten / **Format:** 17 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 14,90 € [D] / Abo: 12,90 € [D]

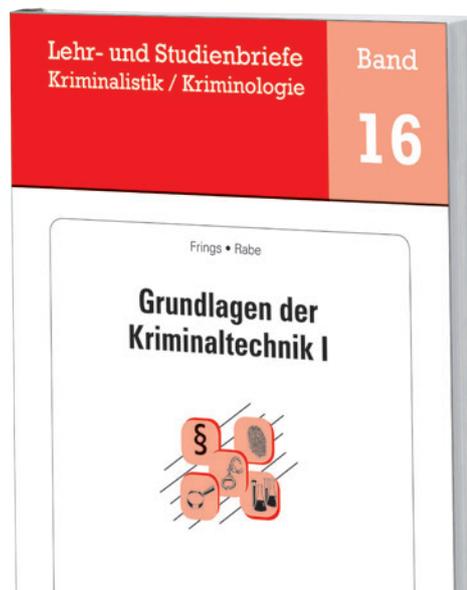
**ISBN** 978-3-8011-0774-1

Die kriminaltechnischen Untersuchungsmethoden wurden in den letzten Jahren zunehmend verfeinert. Der Sachbeweis hat damit sowohl im Ermittlungsverfahren als auch im Strafprozess in erheblichem Maße an Bedeutung gewonnen. Beweisführung und Urteilsfindung vor Gericht stützen sich mehr und mehr auf den Sachbeweis.

In den Lehr- und Studienbriefen Band 16 und 17 stellen die Autoren, ausgehend von einem versuchten Sexualdelikt als Leitsachverhalt, umfassend und praxisnah, den derzeit aktuellen Stand der kriminaltechnischen Möglichkeiten dar. Die wesentlichen Spurenkomplexe werden allgemein verständlich anhand dieses Sachverhaltes erläutert und durch umfangreiches farbiges Bildmaterial veranschaulicht.

„Grundlagen der Kriminaltechnik I“ handelt die kriminaltechnischen Begriffe, die Grundlagen der Spurensuche und der Spurensicherung ab. Dargestellt wird auch der derzeitige Stand der Fototechnik zur Dokumentation des Tatbefundes. Ausführlich werden in diesem Band die wesentlichen Formspuren erläutert, so u.a. Fingerspuren, Werkzeugspuren und Schuhabdruckspuren.

„Grundlagen der Kriminaltechnik II“ widmet sich u.a. DNA-Spuren, Schussspuren, Haarspuren, digitalen Spuren und Brandspuren sowie chemischen Fangmitteln. Zudem findet sich hier eine ausformulierte Lösungsskizze zu den Fragestellungen der kriminalistischen Fallanalyse des Leitsachverhaltes und zu ausgewählten Ermittlungsmaßnahmen.



### DIE AUTOREN

**Christoph Frings**, Kriminaldirektor.

**Frank Rabe**, Kriminalhauptkommissar.



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# Schulwahl: Kurze Beine, lange Wege

Von Thomas Gesterkamp

**Bildungsorientierte Familien meiden Schulen in Brennpunktvierteln, teilweise ziehen sie deshalb sogar in andere Stadtteile. Eine Freigabe der Schulwahl, kritisieren Experten, verschärfe die soziale Polarisierung.**

Wenn Eltern mit ihren Kindern deren künftige Grundschule besichtigen, spielt ein ganzes Bündel an Motiven eine Rolle. Sehen die Klassenräume einladend aus? Sind die Lehrer sympathisch? Gibt es gutes Essen und eine qualifizierte Übermittagsbetreuung? Existieren Arbeitsgemeinschaften mit zusätzlichen Lernangeboten? Ein weiteres, sehr wichtiges Kriterium aber wird selten offen angesprochen: Besuchen viele Kinder aus Zuwandererfamilien die Schule?

Jahrzehntlang galt zu Beginn der Bildungslaufbahn die Devise „Kurze Beine, kurze Wege“. Ganz selbstverständlich schickten Eltern ihre Kinder in die nächstgelegene Grundschule. Freie Entscheidungen gab es nicht, das sogenannte Sprengelprinzip legte die zuständige Schule automatisch fest. In den meisten Bundesländern ist das, von Ausnahmen abgesehen, bis heute so. Nur Hamburg und Nordrhein-Westfalen haben bisher die vollkommen freie Schulwahl eingeführt. Anderswo wird allerdings darüber diskutiert, diesem Beispiel zu folgen.

Vor allem in Großstädten führte die starre Regelung in den vergangenen Jahren zu problematischen Konsequenzen. Bürgerliche Familien verließen Brennpunktviertel mit hohem Ausländeranteil wie Berlin-Neukölln, zahlten bereitwillig deutlich höhere Mieten, damit ihre Kinder auf eine Schule mit gutem Ruf gehen konnten. Auch bildungsaffine Migranteneltern wechselten aus diesem Grund das Wohngebiet. Die Folge war eine noch stärkere soziale Entmischung.

## Ethnische Trennung

„Gleich und gleich gesellt sich gern“ lautet der Titel einer Studie, vorgelegt im Januar von der Bertelsmann-Stiftung. Das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung an der Universität Bochum untersuchte vier Jahre exemplarisch das Wahlverhalten der Eltern von 4.000 Erstklässlern in der Revierstadt Mülheim an der Ruhr. 2008 hatte die damalige schwarzgelbe Landesre-

gierung unter Jürgen Rüttgers die freie Wahl erlaubt – mit dem erklärten Ziel, die Schulen durch verstärkte Konkurrenz zu mehr Qualität zu animieren.

Vor der Neuregelung besuchten etwa zehn Prozent der Mülheimer Kinder nicht die eigentlich für sie zuständige Bildungseinrichtung in der Nachbarschaft. Ausnahmen galten schon immer etwa für konfessionell gebundene Träger oder die anthroposophischen Waldorfschulen. Nach der Freigabe, so ergaben nun die Zahlen der Studie, ist der Anteil der weit entfernt von ihrem Wohngebiet unterrichteten Schüler auf 25 Prozent gewachsen – Tendenz weiter steigend.

Die Forscher sehen diese Entwicklung kritisch. Besonders Eltern „mit mittlerer oder hoher Bildung meiden sozial benachteiligte Grundschulen“, sagt Projektmanagerin Regina von Görtz. Die Schulwahl sei stets vom Herkunftsmilieu der Eltern abhängig gewesen, das ergebe sich schon aus dem unterschiedlichen Charakter einzelner Wohnquartiere. Doch durch die neue Wahlfreiheit, resümiert von Görtz, verstärkte sich die soziale und ethnische Trennung. Wohlhabende Eltern nehmen die langen Wege trotz der kurzen Beine ihrer Kinder in Kauf. Und wenn die Entfernungen zu groß werden, fahren Mütter oder Väter einfach jeden Morgen mit dem Familien-Van vor.

## Lösung Sozialindex?

Eltern mit niedrigem Bildungsniveau, so eine wichtige Erkenntnis der Untersuchung, wählen eher eine Gemeinschaftsschule in der unmittelbaren Wohnumgebung. Am häufigsten nutzen Familien mit mittlerem Sozialstatus die freie Wahl. Die besonders Privilegierten entscheiden sich dagegen eher selten

für eine weit entfernt liegende Schule. Das gutbürgerliche Milieu, so erklärt dies die Bertelsmann-Expertise, leben ohnehin meist in Wohngemeinden mit einem geringen Anteil von Einkommensschwachen und Migranten – die passende Schule liegt dann oft gleich nebenan.

Die unternehmensnahe Stiftung des Medienriesen möchte keineswegs die Wahlfreiheit im Bildungssystem abschaffen. Sie fordert lediglich mehr „Chancengerechtigkeit“ ein. Als Strategie gegen die soziale Polarisierung schlägt Studienautor Thomas Groos einen „Sozialindex“ vor. Nur wenn die Benachteiligung einer Schule durch Daten belegt werden könne, sei eine spezielle



**Die Rütti-Hauptschule im Berliner Bezirk Neukölln sorgte vor rund zehn Jahren für Schlagzeilen, als nach einem Hilferuf ihrer Lehrerschaft wegen zahlreicher Gewaltvorfälle die Schule unter Polizeischutz gestellt wurde.**

Foto: Miguel Villagran/dpa

Förderung auch politisch durchsetzbar. Mehr Lehrer, eine bessere Ausstattung und zusätzliche Ressourcen wie Sozialarbeiter oder Psychologen, hofft Groos, könnten diese Schulen so aufwerten, „dass ihre Qualität auch bildungsaffine Eltern überzeugt“.

Während der Rassenunruhen in den USA in den 1960er-Jahren experimentierten amerikanische Politiker mit drastischeren Methoden, um der ethnischen Segregation zu begegnen. Kinder aus armen schwarzen Familien wurden mit Bussen in reiche weiße Wohngebiete gefahren, um dort die Schule zu besuchen. Dieses „Busing“, in den Vereinigten Staaten damals heftig umstritten, haben Politiker für Deutschland bislang nicht vorgeschlagen. Sie hoffen offenbar, dass das soziale Gefälle nicht noch größer wird und sich weniger provokante Lösungen finden.



SCHÜTZE DEIN  
**KIND**



[www.PolizeiDeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**P** **LIZEI**  
**DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

**JETZT INFORMIEREN!**

Viele Informationen und Tipps  
hierzu auf dem **Präventionsportal**  
der Gewerkschaft der Polizei

# Mit hohem Vertrauensvorschuss offensiv, kampfstark und kompetent für die Interessen der Beschäftigten

**Die Personalratswahlen 2016 haben in den vergangenen Monaten die Kolleginnen und Kollegen in fünf GdP-Landesbezirken und den zwei Bundesbezirken mächtig auf Trab gehalten. Und die ganze Arbeit und der Stress haben sich gelohnt. Die GdP ist und bleibt deutschlandweit die erste Adresse für die Beschäftigten in der Polizei. Deutlich wurde, dass die GdP-Personalräte mit einem hohen Vertrauensvorschuss in die nächste Amtsperiode gehen. Der allerdings kommt nicht von ungefähr, denn „gute Ergebnisse bekommt man nicht geschenkt“, sagte der GdP-NRW-Chef und stellvertretende Bundesvorsitzende Arnold Plickert zu DEUTSCHE POLIZEI, als die Redaktion die Vorsitzenden aus Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen und eben Nordrhein-Westfalen sowie der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes um persönliche Bewertungen der jeweiligen Wahlergebnisse bat. Im Herbst dieses Jahres geht dann noch die Berliner Polizei an die Wahlurnen. Und auch dort zeigt sich die GdP sehr optimistisch, was einen guten Ausgang angeht.**

### Klarer Wahlsieg für die GdP in der Bundespolizei

Die GdP erhielt von den Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei bei den Personalratswahlen mit im Schnitt rund 60 Prozent der Stimmen den eindeutigen Auftrag, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Für dieses Vertrauen bedanken wir uns herzlich bei allen Wählerinnen und Wählern.

Die Wahl in der Bundespolizei fand unter extremer Einsatzbelastung in denkbar schwierigen Zeiten statt. Gerade die sehr guten Ergebnisse im Hauptpersonalrat beim Bundesministerium des Innern (HPR) und im Bezirkspersonalrat beim Bundespolizeipräsidium in Potsdam (BPR) zeigen da, dass die Kolleginnen und Kollegen hinter unseren gewerkschaftspolitischen Positionen stehen und unseren Kampf für eine faire und vorausschauende Personalpolitik in der Bundespolizei befürworten. So entfielen im HPR 59 Prozent der Stimmen der Beamtinnen und Beamten sowie 66 Prozent der Stimmen der Tarifbeschäftigten auf die GdP. Auch im BPR erzielte die GdP ein beeindruckendes Ergebnis: Unsere Vertreterinnen und Vertreter auf der Liste für Beamtinnen und Beamte können sich auf 59 Prozent der Stimmen stützen; die der Liste der

Foto: GdP / Hagen Immel



Tarifbeschäftigten auf 63 Prozent. Die Wählerinnen und Wähler sprachen sich in Anbetracht von vier möglichen Listen deutlich für die GdP aus. Von 31 möglichen Sitzen in diesen Gremien fielen 20 auf die GdP. Im Vergleich zu 2012 hat die GdP damit in beiden Gremien je einen Platz verloren. Der Vorsprung bleibt jedoch so groß, dass nur die GdP jeweils fähig ist, den Vorstand zu stellen. In beiden Gremien wurden auch die bisherigen Vorsitzenden Sven

Hüber für den HPR und Martin Schilff für den BPR in ihren Ämtern bestätigt.

Von den zwölf Gesamtpersonalräten in der Bundespolizei ist die GdP in elf die stärkste Kraft. Lediglich im Gesamtpersonalrat der Direktion Berlin mussten wir eine Niederlage einstecken. Dort war die GdP mit 30 Stimmen weniger knapp unterlegen. Dieses Ergebnis ist für uns bitter. Hier wollen wir unsere Arbeit vor Ort bis 2020 wesentlich verbessern, um das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen zurückzugewinnen.

Auf örtlicher Ebene sind die Ergebnisse über das gesamte Bundesgebiet sehr unterschiedlich. Der größte Teil der Beschäftigten entschied sich auch hier für die GdP. In wenigen Dienststellen wie in Köln am Flughafen oder in der Hauptstadt Berlin haben wir Nachholbedarf. Vorbilder im Guten sind unter anderem die herausragenden Ergebnisse in der Bundespolizeiinspektion (BPOLI) Aachen und der BPOLI Konstanz mit jeweils über 90 Prozent der Stimmen sowie in den BPOLI See Cuxhaven, Kriminalitätsbekämpfung (KrimB) Sankt Augustin und dem Aus- und Fortbildungszentrum Walsrode mit weit über 80 Prozent. Das stimmt uns zuversichtlich und gibt Kraft für die Arbeit der nächsten vier Jahre!

**Jörg Radek, Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei**

### Bundeskriminalamt: Hohes Engagement zahlt sich aus

„Zielstrebig, engagiert und kreativ“ war das Wahlkampf motto der GdP BKA im Personalratswahlkampf für die Kolleginnen und Kollegen im Bundeskriminalamt. Daher baute sich auch bei allen Beteiligten gegen Ende des letzten Wahltages am 3. März bei der Auszählung der Stimmen ein erheblicher Spannungsbogen auf. Das Warten und Bangen hat sich für die GdP gelohnt. Am Ende stand ein hervorragendes Ergebnis für den ÖPR Berlin, ein konstantes Ergebnis für den



# EINSATZLEHRE

Grundlagen für Studium und Praxis

Von **Jürgen Zeitner**.

2. Auflage 2015

**Umfang:** 168 Seiten

**Format:** DIN A 5, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D]

**ISBN** 978-3-8011-0747-5

Im fachlichen Mittelpunkt dieses Buches stehen das Einsatzmodell für den täglichen Dienst (Leitfaden 371) und der Planungs- und Entscheidungsprozess der Polizeidienstvorschrift 100 und damit die methodischen Grundlagen für die Einsatzbewältigung. Die Sachverhalte werden anhand vieler Beispiele, Grafiken und Schaubilder anschaulich erläutert. In einem abschließenden Übungsteil werden die Inhalte auf exemplarische Klausuraufgabenstellungen übertragen.

Damit richtet sich diese übersichtliche Darstellung insbesondere an die Studierenden der Studiengänge der Fachbereiche Polizei in Bund und Ländern und alle in der polizeilichen Aus- und Fortbildung tätigen Dozentinnen und Dozenten, Trainerinnen und Trainer sowie Tutorinnen und Tutoren.



## DER AUTOR

*Jürgen Zeitner, seit 2003 hauptamtlich Lehrender im Fach Einsatzlehre an der FHöV NRW.*



Jürgen Zeitner



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



Foto: Privat

GPR, den ÖPR des BfV (Bundesverfassungsschutz) und den Hauptpersonalrat sowie akzeptable Ergebnisse für die örtlichen Personalräte in Wiesbaden und Meckenheim.

Der Wahlkampf wurde an allen Standorten mit Ideenreichtum und hohem Engagement geführt. Dabei waren Mammutaufgaben wie der Entwurf der Wahlplakate und der Flyer mit überschaubarem Personaleinsatz zu bewältigen. Aber auch der Kreativität waren kaum Grenzen gesetzt. In Meckenheim wurden per Laser mit GdP-Emblem versehene Äpfel angeboten. In Berlin und Meckenheim gab es Pfannkuchen, die man anderenorts – die Berliner Kolleginnen und Kollegen mögen es mir verzeihen – „Berliner“ – nennt. In Berlin wurden gar individuelle Plakate kreiert, die den Teamgeist der dortigen Kolleginnen und Kollegen sehr treffend darstellten. In Wiesbaden machten wir bei klirrender Kälte mit einer Taschenverteilaktion auf uns aufmerksam. Die Aufmerksamkeit war uns dabei sicher, ob wir den Modegeschmack – insbesondere unserer Kolleginnen – getroffen haben, sei dahingestellt.

Beim HPR konnten wir uns um einen Beamtenitz auf insgesamt drei Sitze verbessern. Bei den Sitzen für den Tarifbereich verfügen wir nach dem Verlust eines Sitzes noch über einen Sitz. Beim GPR konnten wir trotz eines zum Teil neuen Teams die Ergebnisse von 2012 exakt halten und verfügen mit sieben Sitzen bei den Beamten und vier Sitzen bei den Tarifbeschäftigten über die Mehrheit der Sitze. Aufgrund einer Pattsituation bei den Beamtenitz-

zen müssen wir – wie 2012 – mit anderen koalieren. Beim ÖPR Wiesbaden konnten wir die Mehrheit der Sitze halten. Allerdings mussten wir auch „Federn lassen“ und verloren jeweils einen Beamten- und einen Tarifsitz. Im Nachgang müssen wir analysieren, was dazu geführt hat. Aufgrund der im Beamtenbereich nunmehr neu entstandenen Pattsituation müssen wir mit anderen Fraktionen zusammenarbeiten.

In Berlin haben wir abgeräumt und konnten uns von sechs auf acht Beamtenplätze verbessern sowie alle drei Tarifsitze gewinnen. In Meckenheim machten uns insbesondere das Abschneiden der unabhängigen Liste und ver.di zu schaffen. Dennoch konnten wir die Zahl unserer Beamtenitze auf nunmehr insgesamt zwei Sitze verdoppeln. Dafür konnte ver.di alle Tarifsitze für sich gewinnen; dies muss neidlos anerkannt werden. Im BfV konnten die zwei GdP-Sitze für die Beamten und ein Sitz für die Tarifbeschäftigten verteidigt werden. Die Wahlbeteiligung fiel sehr unterschiedlich aus. In Meckenheim gingen sowohl bei den Beamten als auch bei den Tarifbeschäftigten jeweils über 60 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne. Gegenüber 2012 gab es sogar noch Steigerungsraten. Dies ist in der heutigen Zeit ein wirkliches Phänomen, das Schule machen sollte. In Wiesbaden und Berlin hat sich etwa ein Drittel der Beamten an der Wahl für den jeweiligen ÖPR beteiligt.

Nun gilt es, die Ärmel hochzukrempeln und gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Listen den neuen Personalrat zu bilden und die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vertreten. Die GdP wird dabei besonders darauf achten, die im Wahlkampf herausgestellten Sachthemen voranzubringen.

**Nikolaus Speicher, GdP-Bezirksvorsitzender Bundeskriminalamt**

### Licht und Schatten in Bayern

Die GdP hat sehr unterschiedliche Erfahrungen bei der Personalratswahl gemacht. In manchen Bereichen gab es Zugewinne, was dann auch den einen oder anderen Sitz mehr im Personalrat für die GdP bedeutet, in anderen Bereichen musste die GdP Einbußen hinnehmen und verlor den einen oder anderen Sitz. Mehrfach gab es eine

Patt-Situation bei der Gruppe der Beamten, sodass der Gruppensprecher (und damit der künftige Personalratsvorsitzende) ausgelost werden musste. Leider ist die DPoIG hier nicht bereit gewesen, das Wählervotum für den Bewerber mit den meisten Stimmen zu akzeptieren. Durch das d'hondtsche Verfahren gab es bei den Gremien mit zwölf Vertretern der Gruppe der Beamten dann mehrfach ein Patt, und es wurde dann um den Gruppensprecher (und damit den Vorsitzenden) gelost. Im Bereich der Arbeitnehmer hat die GdP überwiegend die Stimmenmehrheit erreicht, dank des Engagements der beiden Tarifsprecher.



Foto: Privat

Im Hauptpersonalrat hat die GdP einen Sitz verloren und kann trotz Kooperation mit dem BDK nicht mehr den Vorsitzenden stellen. Bis auf den Minderheitsvertreter gingen alle Vorstandsposten an die DPoIG. Hier werden wir hart daran arbeiten, die Wähler mit unseren Argumenten und Leistungen zu überzeugen, bei den nächsten Wahlen das Kreuzchen bei der GdP zu machen. Insgesamt ist die Wahlbeteiligung in Bayern zurückgegangen – dies erklärt unsere Verluste jedoch nur teilweise. Zusammenfassend ist also zu sagen, „Licht und Schatten“ – das Wahlziel, im HPR mindestens wieder den Vorsitzenden mit Unterstützung durch den BDK zu stellen oder sogar noch einen eigenen Sitz dazu zu gewinnen, wurde aber leider „noch“ nicht erreicht.

**Peter Schall,  
GdP-Landesvorsitzender Bayern**





### Bremen fest in GdP-Hand

Am 9. März fanden im Bundesland Bremen die Personalvertretungswahlen statt. In unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven wurden neue Gremien gewählt. Die GdP Bremen stellte mehr als 100 Kandidatinnen und Kandidaten auf. Das Ergebnis ist beeindruckend: alle drei örtlichen Personalräte der Polizei- und Ordnungsbehörden sind fest in GdP-Hand, die Vorsitzenden sind aktive GdP-Mitglieder. In den beiden großen Gesamtpersonalräten arbeiten GdP-Mitglieder in Freistellungen für den Bereich Inneres mit. Die Frauenbeauftragten-Positionen konnten besetzt werden.

- Personalrat Polizei Bremen: 14 von 17 Mitgliedern gehören unserer GdP an
- Personalrat Stadtamt Bremen: 9 von 9 Mitgliedern gehören unserer GdP an
- Personalrat Polizei Bremerhaven: 7 von 11 Mitgliedern gehören unserer GdP an
- 11 von insgesamt 12 Tarifangestellten vertreten unsere GdP in Bremen und Bremerhaven

Mit dem Wahl-Motto „Stürmische Zeiten – gemeinsam stark“ konnten wir überzeugende Ergebnisse einfahren. Die Arbeit der GdP und der Personalräte kommt bei den Kolleginnen und Kollegen an, dafür wurden wir belohnt. Unser Tarifbereich ist noch stärker geworden. Wie stürmisch die Zeiten nach der Wahl tatsächlich wurden, spürten wir bereits einen Monat

später: das fehlende Personal riss Lücken, die so groß geworden sind, dass grundlegende Veränderungen getroffen werden sollen. Streichung von A11-Stellen, Erhöhung der Aktenhalte, Streichung der Ermittlerlehrgänge, eine Polizeireform steht uns bevor. Die frisch gewählten Personalräte haben also von Beginn an viel zu tun. Aber als starke GdP stehen wir auch diese „stürmischen“ Zeiten durch.

**Jochen Kopelke, GdP-Landesvorsitzender Bremen**

### Hessische GdP erreicht in allen Personalräten die absolute Mehrheit

Die Listen der Gewerkschaft der Polizei dominierten die Personalratswahlen bei der Polizei in Hessen. Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen, die der GdP ihre Stimme und damit ihr Vertrauen gegeben haben. Die Gewerkschaft der Polizei erhielt von den Beschäftigten bei den Personalratswahlen für den Hauptpersonalrat der Polizei (HPR) mit 66 Prozent der Stimmen den eindeutigen Auftrag, den eingeschlagenen Weg fortzuführen.

Das Motto „Gemeinsam stark für deine Zukunft“ wird auch unser Leit-



gedanke für die kommenden Jahre sein. Mit diesem hohen Maß an Vertrauensvorsprung werden wir auch künftig offensiv, kampfstark und kompetent die Interessen der Beschäftigten vertreten. Dabei werden die GdP-Vertreter in den örtlichen Personalräten und im Hauptpersonalrat der Polizei

auch weiterhin die Ideenbörse der hessischen Polizeibeschäftigten sein. Wir werden uns den zweifelsfrei vor uns liegenden, großen politischen Herausforderungen stellen und im Sinne aller Polizeibeschäftigten die richtigen Lösungen finden.

**Andreas Grün, GdP-Landesvorsitzender Hessen**

### Klarer Sieg für die GdP Niedersachsen

Bei den niedersächsischen Personalratswahlen im April haben sich 63,4



Prozent der Beamtinnen und Beamten sowie 77,3 Prozent der Tarifbeschäftigten für die GdP entschieden. Zur Wahl aufgerufen waren rund 25.000 Polizeibeschäftigte im Land.

Für den Polizeihauptpersonalrat (PHPR) beim Innenministerium bedeutete das dieselbe Sitzverteilung wie vier Jahre zuvor: acht Mandate für die GdP, zwei für die DPoIG und eines für den BDK. Ende April wurde Martin Hellweg daraufhin erneut zum Vorsitzenden des PHPR gewählt.

In den neun niedersächsischen Bezirkspersonalräten konnten ebenfalls sämtliche Mehrheiten gesichert werden, zum größten Teil mit komfortablen Stimmenmehrheiten. Insgesamt zeigte sich die Landes-GdP – auch angesichts der Dominanz in fast allen örtlichen Personalräten landesweit – sehr zufrieden. „Danke für das Vertrauen, es ist jedes Mal aufs Neue Verpflichtung für unseren vehementen Einsatz“, äußerte der Landesvorsitzende



## PERSONALRATSWAHLEN

Dietmar Schilff nach der Bekanntgabe der Ergebnisse.

**Dietmar Schilff, GdP-Landesvorsitzender Niedersachsen**

### **Nordrhein-Westfalen: Gute Ergebnisse bekommt man nicht geschenkt**

Bei den Personalratswahlen hat die GdP dieses Jahr in NRW 409 der 561 zu vergebenden Sitze in den örtlichen Personalräten für sich gewonnen und 11 der 15 Sitze im Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR). Die GdP stellt deshalb in NRW in den kommenden vier Jahren nicht nur im PHPR die Mehrheit der Personalratsmitglieder, sondern auch in 44 der 47 Kreispolizeibehörden, in den drei Landesoberbehörden LKA, LZPD und LAFP, und in der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Das ist ein tolles Ergebnis, das das ohnehin bereits sehr gute Abschneiden bei den beiden vorangegangenen Wahlen noch einmal toppt. Aber auch in NRW wird der GdP nichts geschenkt. Ganz im Gegenteil: Ein ohnehin schon sehr gutes Ergebnis nicht nur zu halten, sondern noch auszubauen, ist nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis einer konsequenten, harten Arbeit in den vergangenen vier Jahren. Für uns haben immer die Interessen der Beschäftigten der Polizei im Vordergrund gestanden – nicht nur der Polizistinnen und Polizisten, sondern auch der Tarifbeschäftigten, nicht nur der uniformierten Beamten, sondern auch der Verwaltungsbeamten und der Kripo – und nichts anderes.

Nicht von ungefähr haben wir in NRW in den vergangenen vier Jahren vieles erreicht. Von der endgültigen Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bis zur Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage – als einzigem Bundesland neben Bayern. Und in NRW werden in den kommenden Jahren endlich wieder mehr Polizistinnen und Polizisten eingestellt, als gleichzeitig in Ruhestand gehen.

Beigetragen zu dem tollen Wahlergebnis hat nicht nur die Arbeit des Landesbezirks und der GdP-Fraktion im PHPR, sondern auch die der vielen Personalräte vor Ort. Denn Wahlen werden durch die Arbeit vor Ort gewonnen. Deshalb haben wir aus dem guten Abschneiden bei den Personalratswahlen zwei konkrete Lehren gezogen: Zum einen wollen wir in den Behörden, in

denen wir nicht so gut abgeschnitten haben, wie wir uns das erhofft haben, unsere eigene Kompetenz stärken und Schwachstellen gezielt angehen. Denn auch die gibt es in NRW. Zum anderen, und das ist fast noch wichtiger, verstehen wir das gute Wahlergebnis nicht als eine Belohnung, auf der wir uns jetzt vier Jahre lang ausruhen können, sondern als Vertrauensvorschuss, den wir erst einlösen müssen. Das wird kein einfaches Unterfangen. Auch wenn zurzeit alle Parteien auf die Karte Innere Sicherheit setzen, werden angesichts knapper werdender öffentlicher Mittel die Verteilungskämpfe, vor denen die Polizei in den kommenden Jahren



Foto: GdP/Hagen Immel

stehen wird, nicht einfacher. Aber wie heißt es so schön? Man wächst mit seinen Aufgaben. Genau dafür wurden wir gewählt!

**Arnold Plickert, GdP-Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen**

### **Wahlergebnis ist Auftrag in Sachsen**

Die GdP Sachsen ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Es spiegelt eindeutig fünf Jahre erfolgreicher Arbeit der Personalvertretungen, geführt durch kompetente Vertreter der GdP Sachsen, wider. Unsere Beschäftigten honorieren mit ihrem Votum einmal mehr die engagierte Arbeit. Das Ergebnis ist trotz schwieriger politischer Zeiten, die vom Sparschwang der sächsischen Regierung geprägt sind und an den Beschäftigten nicht spurlos vorbeigehen, besser als 2011 und stellt unter Beweis, dass wir



Foto: Privat

den richtigen Weg gehen. Für uns ist das Wahlergebnis gleichzeitig der Auftrag, in den nächsten Jahren dieses Vertrauen zu rechtfertigen, wobei das GdP-Sofortprogramm „Sicheres Sachsen“ unser Fahrplan sein wird. Allein die Wahlbeteiligung von knapp 50 Prozent kann nicht ganz zufrieden stellen, wobei jedoch realistisch festgestellt werden muss, dass trotz des enormen Personalabbaus von der Anzahl her fast genauso viele Stimmen wie 2011 auf die GdP-Listen fielen.

Ergebnis: 3.990 der 6.597 gültigen Stimmen bei der Wahl des Polizeihauptpersonalrats wurden für die GdP abgegeben (60 Prozent) – Beamte: 3.086 von 5.370 Stimmen (57 Prozent), Arbeitnehmer: 904 von 1.227 Stimmen (74 Prozent). Insgesamt holte die GdP im Freistaat 96 von 134 Sitzen (72 Prozent).

**Hagen Husgen, GdP-Landesvorsitzender Sachsen**

Anzeige

**THOMAS BROCKHAUS**  
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.  
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

**Telefon: (02207) 76 77** %

[www.fahrzeugkauf.com](http://www.fahrzeugkauf.com)



# forum kriminal- prävention



www.forum-kriminalpraevention.de

Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps  
Neues aus der Wissenschaft  
Gewalt an Schulen  
Jugenddelinquenz  
Erziehung und Pädagogik  
Kommunale Prävention  
Einbruchsprävention  
Sicherheits Technik  
Prävention in Europa  
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –  
**forum kriminalprävention** für nur

**19,-€**  
jährlich,  
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen  
Sie heute  
Ihr Abonnement  
**forum kriminal-  
prävention** um besser

informiert zu sein.  
Als Dankeschön für Ihre  
Bestellung erhalten Sie diese  
LED-Lampe für Ihren  
Schlüsselbund, die Sie auf  
jeden Fall behalten dürfen.  
Weitere Informationen über  
die Zeitschrift und die  
Stiftung erhalten Sie auf  
**www.vdpolizei.de**  
(auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

**Vertrauensgarantie:** Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a · 40721 Hilden  
Telefon 0211 7104-188 · Telefax 0211 7104-4188  
www.VDPolizei.de

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalender-jahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.

# Billiger Nachmittag

Von Thomas Gesterkamp

**Eine neue Studie beschreibt Anspruch und Wirklichkeit der Ganztagschule in Deutschland. Zwar ist die Situation regional sehr verschieden, gemeinsames Merkmal aber sind improvisierte Lösungen, mangelnde Ressourcen und fehlende Fachkräfte.**

Schule war in der alten Bundesrepublik über Jahrzehnte eine zeitlich knapp bemessene Veranstaltung. Um 13 Uhr spätestens läutete der Gong. Kantinen gab es ebenso wenig wie Angebote am Nachmittag, dafür einen Berg Hausaufgaben. Politiker warnten regelmäßig vor der staatlichen Vereinnahmung von Kindern. Der Ganztagsbetrieb galt als Gift für die Familie, manchen gar als Vorbote des Sozialismus. In Wahrheit war die Halbtagschule stets ein (west)deutscher Sonderweg. Denn nicht nur jenseits des Eisernen Vorhangs, auch bei anderen europäischen Nachbarn, etwa in Belgien oder Frankreich, fand der Unterricht selbstverständlich ganztags statt.

Die miserable Bewertung des deutschen Schulsystems in den Pisa-Studien änderte die Sichtweise bis weit in konservative Kreise hinein. Plötzlich avancierte die Ganztagschule zu einem Teil der Lösung, sie sollte gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten fördern und Chancengerechtigkeit herstellen. 2003 stellt die damalige rotgrüne Bundesregierung vier Milliarden Euro bereit, um den Ausbau der Schule am Nachmittag zu forcieren. Zuständig für die Umsetzung waren im deutschen Bildungsföderalismus die Länder, so entstand ein regionaler Flickenteppich.

„Es mangelt an gemeinsamen Standards“, zu diesem Ergebnis kommen jetzt die Bildungsforscher Klaus Klemm und Dirk Zorn im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. In ihrer gerade veröffentlichten Studie nennen sie Beispiele. So verbringen hessische Kinder 22 Extrastunden pro Woche an der Schule – in Thüringen oder Nordrhein-Westfalen sind nur acht vorgesehen. Im Bundesdurchschnitt erhält eine deutsche Grundschulklasse 23.000 Euro jährlich für zusätzliches Personal, die Höhe der Investitionen schwankt jedoch zwischen 9.000 Euro in Bremen und 52.000 Euro im Saarland. In den weiterführenden Schulen der Sekundarstufe I reichen die Mehrausgaben pro Klasse von 1.300 Euro in Sachsen bis zu 37.000 Euro in Rheinland-Pfalz. Erweiterte Lernzeiten und eingesetzte Gelder seien in vielen

Ländern nicht aufeinander abgestimmt, kritisiert die Untersuchung. Eine gute Relation „bieten in allen Stufen lediglich Berlin und das Saarland“.

## Kein Gesamtkonzept

Die Bertelsmann-Studie hat ausschließlich gebundene Ganztagschulen untersucht, die verpflichtenden Unterricht an mindestens drei Wochentagen für je mindestens sieben Stunden abhalten. Der sogenannte offene Ganztag mit freiwilligen Angeboten am Nachmittag blieb in der Expertise außen vor, angeblich wegen der schlechten Datenbasis. Dass dieses Modell in den meisten Bundesländern überwiegt, weiß natürlich Forscher Klemm. Er hält wenig von solchen improvisierten „Lösungen“, will statt dessen den gebundenen Ganztag zur Regel machen. Nur dieser habe „das Potenzial, Nachteile, die Kinder im Elternhaus haben, abzufedern“. Das Ziel müsse sein, den Unterricht zeitlich zu entzerren und durch eine intensive Förderung die Bildungschancen einkommensschwacher Familien zu verbessern.

„Offener Ganztag“, das heißt vielerorts weiterhin Vormittagsunterricht nach altem Muster, ergänzt von der Beaufsichtigung durch Geringverdiener am Nachmittag. An den meisten Schulen gibt es nach wie vor keine richtige Küche, oft nicht einmal eigene Räume für die Mittagspause – gegessen wird dann auf den Fluren, im Pausenhof oder gar im Klassenzimmer. Fast alle Lehrer und Lehrerinnen sind wie gewohnt zwischen 13 und 14 Uhr verschwunden, die Versorgung der Kinder übernehmen dann freie Träger, Eltern oder Ehrenamtliche aus Vereinen. Die Kooperation zwischen dem fest angestellten Stamm und den auf Stundenbasis tätigen Betreuern funktioniert selten gut. „Wenn Lehrer und Erzieher zusammenarbeiten wollen, müssen sie das unbezahlt in ihrer Freizeit tun“, beschreibt Stefan Clotz seine Erfahrungen. Als Unternehmensberater coacht er pädagogische Fachkräfte an Schulen.

Die vorherrschende Billigvariante verfehlt die Erwartungen, die in das

vor über einem Jahrzehnt gestartete Bundesprogramm gesetzt wurden. Ein schlüssiges Gesamtkonzept sieht anders aus. „Es gibt in den wenigsten Ländern verbindliche Vorgaben, wer den Ganztags wie gestalten soll“, kritisiert Natalie Fischer von der Universität Kassel. Sie arbeitet mit an der Langzeituntersuchung StEG (Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen). Dieser zufolge klagt ein Drittel der befragten Schulleiter über fehlende Ressourcen und über Probleme, geeignetes Personal zu finden.

## Mehr Sozialkompetenz

Wer auch am Nachmittag die Schule besucht, steigert nicht automatisch seinen Lernerfolg. Im Auftrag des Bundesbildungsministeriums prüften am StEG-Projekt beteiligte Wissenschaftler die Kompetenzentwicklung im Lesen und in den Naturwissenschaften. Sie verglichen Kinder und Jugendliche, die an fachlich orientierten Zusatzangeboten teilgenommen hatten, mit deren Mitschülern, die nur vormittags anwesend waren. Das Resultat: Die Ganztagschüler erzielten keine besseren Leistungen. Sie waren im Schnitt aber motivierter, selbstbewusster und sozial zugewandter.

Die einheitliche Ganztagschule als Regelangebot, wie in den meisten Nachbarstaaten üblich, existiert in Deutschland nach wie vor nicht. Der groß angekündigte Ausbau hat seine pädagogischen Ziele weitgehend verfehlt. Erleichtert wurde immerhin die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für erwerbstätige Eltern. Denn in immer weniger Haushalten wird mittags gekocht, die Beschäftigungsquote von Müttern ist auch im Westen Deutschlands deutlich gestiegen – allerdings häufig auf der Basis von Teilzeit- oder Minijobs.

Solange die Zeit nach dem Essen als freiwilliges Zusatzangebot deklariert wird, dürfte sich wenig bewegen. Das Hauptproblem ist dabei gar nicht so sehr der von der Bertelsmann-Untersuchung zu Recht kritisierte föderale Flickenteppich. Es fehlt schlicht an der Bereitschaft der Bildungspolitik in Bund und Ländern, die gebundene Ganztagschule als Pflicht für alle Heranwachsenden flächendeckend einzuführen. Das kostet auch nicht einmalig vier Milliarden, wie das lobenswerte Pilotpaket von 2003, sondern nach Schätzungen des Bildungsforschers Klaus Klemm um die zehn Milliarden Euro. Jährlich.



# Professionelle Distanz zum Geschehen entwickeln

**GdP-Kollege Lüder Fasche kümmert sich nach einem Abstecher zu Sexualdelikten jetzt wieder mit seinen Kolleginnen und Kollegen der Mordkommission um die Tötungsdelikte in der Hansestadt Bremen. Der 52-jährige Kriminalbeamte vertritt seinen Landesbezirk seit vielen Jahren im Bundesfachausschuss Kriminalpolizei und erläutert als GdP-Kripo-Experte Medienvertretern hin und wieder die Herausforderungen und Hürden im Alltag eines Ermittlers. Für DEUTSCHE POLIZEI (DP) hat er ein aktuelles Fachbuch zu Todesermittlungen besprochen. Im DP-Interview erzählt er über Tatorte und den Mythos des perfekten Mordes.**

**DEUTSCHE POLIZEI (DP): Lieber Kollege Fasche, Du bist Mordermittler in Bremen. Im kurzen Vorgespräch hattest Du erzählt, dass Dir diese Tätigkeit immer noch Spaß macht. Könntest Du das näher erklären?**

**Lüder Fasche:** Die Arbeit im Bereich der Tötungsdelikte ist absolute Teamarbeit. Allein das ist toll. Auch gilt es hier nicht einen Vorgang möglichst schlank und schnell vom Tisch zu bekommen, sondern er frisst einen unter Umständen mit Haut und Haar. Das heißt mitunter auch, dass einem mitten in der Nacht von einer Sekunde auf die andere das gesamte Wochenende, manchmal im wahrsten Sinne des Wortes, „zerschossen“ wird. Das kann für die ganze Familie extrem belastend sein, zeigt einem allerdings immer

wieder auf, wie wichtig und unverzichtbar die eigene Arbeit ist. Hierzu gehört auch deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit, die Fluch und Motivation gleichermaßen sein kann.

**DP: Wie haben sich Deine Arbeitsbedingungen über die Jahre verändert?**

**Fasche:** Im Gegensatz zu anderen Phänomenbereichen haben wir keine explodierenden Fallzahlen. Dennoch verspüren auch wir eine deutliche Arbeitsverdichtung. Verschiedene Gründe sind dafür ausschlaggebend. Mit an vorderster Stelle, zumindest nach meiner Auffassung, ist die sogenannte Digitalisierung der Gesellschaft. Es gibt mittlerweile nahezu kein schwereres Delikt, in dessen Ermittlungsverlauf nicht auch umfangreiche Aus-



Foto: privat

Lüder Fasche

wertungen verschiedener Medien und Datenquellen eine Rolle spielen. Hierbei stößt man schnell an logistische Grenzen. Manchmal schon im Bereich der Sicherung, spätestens jedoch bei der Aufbereitung der Daten ...

**DP: Da kommt was zusammen ...**

**Fasche:** So ist es, ohnehin wird es insgesamt immer aufwändiger, ein be-

## Kapitalmarkt

■ **Beamtdarlehen 10.000 €-120.000 €**  
 ■ **Vorteilszins** für den öffentl. Dienst  
 ■ **Umschuldung:** Raten bis 50% senken  
 ■ **Baufinanzierungen** echt günstig  
**0800 - 1000 500** Free Call  
 Wer vergleicht, kommt zu uns.  
**Seit über 35 Jahren.**



**Deutschlands günstiger Autokredit**  
**2,77%** effektiver Jahreszins  
 5.000 € bis 50.000 €  
 Laufzeit 48 bis 120 Monate  
**Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV:** 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €  
[www.Autokredit.center](http://www.Autokredit.center)

**AK FINANZ**  
 Kapitalvermittlungs-GmbH  
 E3, 11 Planken  
 68159 Mannheim  
 Tel.: (0621) 178180-0  
**Info@AK-Finanz.de**  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker**  
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,85%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,85 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung und ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldersicherung.

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
 Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

**Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker** Seit 1997

**Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“**

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
 Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtdarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



**Top-Finanz.de** • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332  
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälath-Höing-Str. 19 • 46325 Borchen

**KREDIT** bis € 80 000,-  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
 einfach - schnell - seriös  
 ohne Schufa bis € 10.000 - keine Bearbeitungsgebühr - Laufzeit bis 10 Jahre - auf Wunsch keine Restschuldersicherung - bis zum 80. Lebensjahr  
**Tel. 0201/22 13 48**  
 45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**JETZT INFORMIEREN!**  
 Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

**POLIZEI DEIN PARTNER**  
 Gewerkschaft der Polizei  
 Das Präventionsportal



## DP-INTERVIEW

weissicheres Verfahren zu erarbeiten. Dem entgegen steht auch noch, dass der zur Verfügung stehende Personalstamm immer dünner wird. Gemessen an den Aufgaben hat Bremen durch viel zu geringe Einstellungszahlen rund 250 Polizisten zu wenig. Diese Personallücke macht selbst vor der Bearbeitung von Schwerstkriminalität nicht Halt. Zum Teil werden auch Mord- und Brandermittler völlig sachfremd eingesetzt. So kam es schon mal vor, dass eine unserer qualifizierten Ermittlerinnen als Beifahrerin eines Gefangenensammeltransportes fungieren musste. Ohnehin sind bei den meisten hiesigen Bundesligaspielen zwei bis drei unserer Ermittler im Bereich der Folgemaßnahmen eingesetzt.

**DP: Wie bereitest Du dich darauf vor, einen Ort zu betreten, an dem eine Leiche aufgefunden wurde?**

**Fasche:** Auch diese Situation lebt, wie so vieles bei der Polizeiarbeit, von Erfahrungen. Die Erstinformationen vom Leichenfundort führen dazu, dass man verschiedene Szenarien und entsprechende Lösungsmöglichkeiten im Kopf hat. Wichtig ist es, bei aller Routine immer im Kopf zu behalten, dass die Dinge manchmal nicht so sind, wie

ich sagen, dass ich wie alle meine Kollegen eine professionelle Distanz zum Geschehen entwickelt habe, ohne das Mitgefühl für Angehörige zu verlieren. Natürlich ist es nie auszuschließen, dass im Unterbewusstsein was hängen bleibt. Und immer mal gibt es dann doch einzelne Fälle, die man nicht aus den Klamotten bekommt.

**DP: Seit Langem fordert die Gewerkschaft der Polizei die Leichenschau zu verbessern. Wo liegen die Probleme, und was genau muss da besser werden?**

**Fasche:** Der Föderalismus führt auch hier zu völlig unterschiedlichen Modellen in den Bundesländern. Ziel sollte jedoch sein, dass alle Leichenschauen nur noch von speziell dafür ausgebildeten Ärzten ausgeführt werden, also eine qualifizierte Leichenschau. So könnte man ausschließen, dass Hausärzte aus Mangel an Erfahrung, Scham oder sehr enger Verbindung zu den Angehörigen den Leichnam zur Leichenschau nicht entkleiden.

Auch dass Ärzte im Krankenhaus eine Todesbescheinigung zu von ihnen zuvor selbst behandelten Patienten ausstellen, ist spätestens dann unglücklich, wenn Vorwürfe im Raum stehen.



*Ein Polizeisiegel klebt an der Wohnungstür eines Mehrfamilienhauses. Dort war eine Frau erschossen worden.  
Foto: Soeren Stache/dpa*



*Der Eingangsbereich eines Mehrfamilienhauses ist blutverschmiert. In dem Haus in Köln ist die Leiche eines 25-Jährigen gefunden worden. Wie ein Polizeisprecher berichtete, hatte ein schwer verletzter 24-Jähriger bei seiner Einlieferung ins Krankenhaus den Hinweis auf den Toten gegeben.  
Foto: Rolf Vennenbernd/dpa*

sie sich zunächst darzustellen scheinen. Wenn Deine Frage auf meine psychische Verfassung abzielt, so kann

**DP: Als Polizist und Kripo-Beamter willst Du natürlich jedes Delikt aufklären. Was fehlt Dir und Deinen Kollegen am**

nach der „Ermittlungspanne“ sind. Häufig sind das zum Beispiel Sachverhalte, in denen Hinweise falsch

**meisten, um diesem Idealziel so nah wie möglich zu kommen?**

**Fasche:** Scheinbar gar nicht viel. Die Aufklärungsquote im Bereich Tötungsdelikte ist ja sehr gut. Wir wissen aber, dass bei spektakulären Fällen es heute die Regel ist, dass die Medien auf der Suche



# POLIZEI PRAXIS

STARTSEITE

THEMEN

AUSGABEN

PRODUKTE

SERVICE

Sie sind hier > Startseite



Suche nach Sachgebieten, Hilfe, Tipps und mehr...

finden



### Body Cam - Eine Frage der Perspektive

Grundsätzlich unterscheiden wir in diesem Beitrag zwischen der bereits bewiesenen positiven Wirkung, wenn auf... [\[mehr lesen\]](#)

### SCHWARZES BRETT

#### PMRExpo 2016 vom 22. bis 24. November in Köln

Die PMRExpo ist die europäische Leitmesse für Professionellen Mobilfunk und Leitstellen. Die Besucher haben die Möglichkeit, sich beim abwechslungsreichen Veranstaltungsprogramm über Innovationen,... [\[mehr lesen\]](#)

#### Newsletter - Anmelden und gewinnen!

Sie möchten über die neuesten Meldungen und Beiträge auf POLIZEIPRAXIS.DE informiert werden? Dann melden Sie sich noch heute für den Newsletter an! Unter allen Anmeldungen, die zwischen dem... [\[mehr lesen\]](#)

#### Attraktive Angebote in unserer Rubrik **PRODUKTE!**

Beachten Sie auch die attraktive Auswahl von Produkten für den polizeilichen und privaten Alltag. Einfach auf den Reiter **PRODUKTE** klicken und schon finden Sie eine Vielzahl an Hilfsmitteln für Ihre... [\[mehr lesen\]](#)

### NEWSLETTER ABONNIEREN



Mit dem Multifunktionstuch von **POLIZEIPRAXIS.DE** bieten wir den optimalen Begleiter bei allen Aktivitäten an.

Es kann als Schal, Stirnband, Kopftuch, Schweißband oder Mütze getragen werden. Das atmungsaktive Tuch aus Microfaser kann ab sofort für nur 4,90 Euro zzgl. 2,00 Euro Versandkosten\* unter der E-Mail: **info@polizeipraxis.de** bestellt werden!

\*Ab einem Bestellwert von 50,00 Euro entfallen die Versandkosten. Nur gegen Vorkasse. Alle Preise inkl. MwSt.

Passend dazu:  
ab sofort auf unserer  
Homepage im Shop auch  
eine attraktive Auswahl  
von Schuhen – nicht nur für  
die Freizeit – von HAIX!

# WWW.POLIZEIPRAXIS.de

Unter allen Anmeldungen für unseren Newsletter, die vom 01.08. - 31.08.2016 erfolgen, verlosen wir **fünf POLIZEIPRAXIS MULTIFUNKTIONSTÜCHER!**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## DP-INTERVIEW

interpretiert oder priorisiert wurden. Dort, wo diese Kritik zu Recht angebracht wird, kann man fast immer zu dem Schluss kommen, dass dies bei anderer Personalstruktur eventuell nicht passiert wäre. Dies ist in Bezug auf Anzahl, Belastung und Ausbildung der Ermittler zu sehen. Im IT-Bereich haben wir alle mächtig Nachholbedarf, was Ausstattung und Ausbildung angeht.

**DP: Viele Fernsehzuschauer erleben mit wachsender Begeisterung, dass spezialisierte Fallermittler, Spurentechniker und Rechtsmediziner unter Schatten spendenden Palmen und in HiTec-Laboren selbst den unglaublichsten Fall lösen. Wie weit ist dieses Szenario von der polizeilichen Wirklichkeit entfernt?**

**Fasche:** Sehr weit. Die meisten dieser Möglichkeiten stehen uns ja nicht zu Verfügung. Wollte ich mich über alle wissenschaftlichen Möglichkeiten ständig auf dem Laufenden halten, müsste ich auch 75 Prozent meiner Dienstzeit mit dem Lesen neuer Publikationen verbringen, und das, wo wir ohnehin schon alle mit Informationen überflutet werden. Im Übrigen ist ein Fall nur mit einem wissenschaftlichen Sachbeweis eher selten zu lösen. Subjektive Tatbestandsmerkmale, etwa zur Unterscheidung zwischen Mord und Totschlag, lassen sich zum Bei-



Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Foto: McPHOTO/dpa

spiel damit schon gar nicht heraus arbeiten.

**DP: Die Macher von „Tatort“-Produktionen nutzen zunehmend Deine polizeiliche Expertise. Erkennst Du in den fertigen Filmen noch etwas von Deinen Hinweisen wieder oder entpuppen sich die Kontakte eher als Alibi-Anfragen der Drehbuchautoren und Regisseure?**

**Fasche:** Das funktioniert nur punktuell. Das muss man akzeptieren, da es

sich um ein Kunstprodukt und nicht um eine Dokumentation handelt. Wenn es mir allerdings gelingt, dass der Kripo-Ermittler wenigstens einmal nicht den Schutzpolizisten durch den Befehl „Abführen“ zum simplen Büttel degradiert, dann hat sich meine Mitarbeit schon gelohnt. Im „Tatort“ von Radio Bremen mit dem Namen „Brüder“, der sich mit der Kriminalität arabischer Clans befasste, steckten allerdings schon erheblich mehr Erfahrungen von mir drin.

## Reise & Erholung

**SOMMERPAUSCHALE** ALL IN ONE

**1 Woche Halbpension & Silvrettacard** ab € 345,-

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari, Schmugglertour, gef. Wanderungen inklusive! Wellness mit Gartensauna neue Alpinstyle-Zimmer, gratis WLAN & Mountainbikeverleih. Tolles Programm f. Kinder u. Jugend Kinderermäßigungen!

**NEU:**  
BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

**POST HOTEL**  
Fam. A. Handle  
A-6553 See, Au 164  
Tel. +43-5441-8219  
www.postsee.at  
info@postsee.at

**ISCHGL**

**www.  
polizeifeste.de**

Alle Polizeifeste auf  
einen Blick

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen**  
ab 2 Pers., ab 35 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41/7118, [www.ferienwohnung-gammer.de](http://www.ferienwohnung-gammer.de)

**Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei.**  
Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl,  
HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote anfordern.  
Tel. 0 95 35/2 41, [www.zur-sonne-urlaub.de](http://www.zur-sonne-urlaub.de)

**CanKick**  
-prickelnd anders-

**TOP ANGEBOT**  
1x Rafting & Canyoning  
1x Grillplatte & Foto CD  
2x UF/Pension DU-WC  
Angebot pro Person  
nur € 149,-

**RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG**  
**ACTION & ABENTEUER** // Tel. +43 5252 200 38  
info@cankick.at // [www.cankick.at](http://www.cankick.at)

**Sanatorium Anders  
Bad Füssing**

**Niedrigster Tagessatz € 69,00**

Beihilfefähig §30GewO

- Arzt & Behandlung im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Breites Indikationsspektrum

Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

**Kostenloses Prospekt:**  
Tel.: 0 85 31 / 2 40 40  
[www.KS-Anders.de](http://www.KS-Anders.de)

**Action mit  
wasser-c-raft in Tirol**

**Spezial Polizeiangebote:**  
Raft- & Canyontour €/Person 118,-  
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721  
office@rafting-oetztal.at  
[www.rafting-oetztal.at](http://www.rafting-oetztal.at)



**DP: Jeder Deiner echten Tatorte ist ja irgendwie mit einer tragischen Geschichte, womöglich mit enormer Brutalität oder wahnhafter Energie behaftet. Mit welchen Mechanismen vermeidest Du, dass Dir Schicksale und Bilder nicht zu sehr an die Nieren gehen?**

**Fasche:** Anders als Angehörige verfallen wir ja nicht in eine Schockstarre, sondern müssen mit hoher Intensität unsere Arbeit aufnehmen. Allein das verhindert zunächst, dass einem die bisweilen schrecklichen Schicksale zu nahe gehen. Mittelfristig sind die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen in der Dienststelle am hilfreichsten. Diese Zeit und Ruhe muss man ihnen aber auch lassen und sie nicht sofort für andere Aufgaben hezanziehen.

**DP: Was würdest Du einem potenziellen Täter entgegnen, der behauptet, den perfekten Mord begehen zu können?**

**Fasche:** Ich mag den Begriff gar nicht. Wenn ein Mensch getötet wird, dann kann nichts daran perfekt sein. Übrigens auch nicht für den Täter. Der muss mit dem Erlebten klar kommen, was vielen nicht gelingt. Viele Taten und Täter wurden erst dadurch entdeckt, dass Täter das Erlebte nicht für sich behalten konnten und mit jemandem darüber reden mussten.

**DP: Vielen Dank für das Gespräch**

**Das Interview mit Lüder Fasche führte DP-Redakteur Michael Zielasko.**

## Todesermittlung – Grundlagen und Fälle

Die ersten vier Auflagen wurden von dem heute 86-jährigen Leitenden Kriminaldirektor a. D., Armin Mätzler verfasst. Die nun veröffentlichte fünfte Auflage erfuh eine Überarbeitung und Erweiterung durch Prof. Dr. med. Dr. Phil Ingo Wirth (64), der in der Rechtsmedizin wie der Kriminalistik gleichermaßen zu Hause ist. Das Taschenbuch hat den Anspruch, kriminalistisches Grundwissen in Verbindung mit Praxiserfahrungen zum Thema zu vermitteln. Das Wissen um kriminalistische Grundbegriffe wird allerdings vorausgesetzt. Das Buch soll laut Verlag hilfreich sein, den Sachverhalt am Leichenfundort richtig zu beurteilen, die angemessenen ersten polizeilichen



Maßnahmen zu treffen und Fehler zu vermeiden.

Die Autoren führen den Leser trotzdem zunächst sehr gründlich in die strafprozessualen Grundlagen der Todesermittlung ein. Auch befassen sie sich ausführlich mit allen Problemen der ärztlichen Leichenschau. Besondere Aufmerksamkeit richten die Verfasser auf die Notwendigkeit und Möglichkeiten der Identifizierung unbekannter Toter. Gerade dieses umfangreiche Kapitel lässt keine entscheidenden Punkte unberücksichtigt. Ferner wird detailliert grundsätzliches Wissen um Todesermittlungen vermittelt: Wie verhalte ich mich am Leichenfundort, welche Fehler können Zeugenaussagen enthalten und wie bearbeite ich die jeweilige Berichterstattung. Auch weitere Fragen werden umfassend beantwortet.

Der größte Teil des Buches beschäftigt sich mit den klassischen, nicht natürlichen Todesfällen wie mechanisches Erstickten, scharfe und stumpfe Gewalt, Tod durch Schuss oder im Wasser sowie ähnliche kriminalistisch anspruchsvolle Todesermittlungen.

Wie viele bereits erschienene Lehrbücher zu diesem Thema sucht man leider auch in diesem Werk weitergehende Ausführungen zum kriminalpolizeilichen Umgang mit ärztlichen oder pflegerischen Behandlungsfehlern vergeblich. Da diese Fälle bereits jetzt in der Praxis der Todesermittlungen einen beträchtlichen Teil ausmachen, scheint spätestens vor dem Hinter-

grund des demografischen Wandels die Auseinandersetzung mit diesem Phänomen unverzichtbar.

Die Darstellung der klassischen nichtnatürlichen Todesarten lebt wie das gesamte Buch im Wesentlichen von der Kasuistik. Nicht ungeschickt, da die Qualität von Todesermittlungen ganz wesentlich vom Erfahrungsschatz des Ermittlers abhängt. Allerdings rechtfertigen auch die gut zu lesenden und teilweise kuriosen Falldarstellungen zum Beispiel nicht, beim Tod durch Erhängen an keiner Stelle auf die lagegerechte Abrinnspur zu verweisen. Zudem sucht man Hinweise auf den autoerotischen Unfall oder den plötzlichen Tod aus innerer Ursache ebenso vergeblich wie jene auf die zuletzt sehr stark zunehmende Suizidform der Kohlenstoffmonoxidvergiftung mittels Holzkohlegrill.

Insgesamt scheint die Aktualisierung des Werkes noch nicht abgeschlossen. Zum Beispiel spiegelt sich die Bedeutung moderner Kommunikationstechnik in der Todesermittlung noch nicht wieder, im Bereich der rechtsmedizinischen Darstellungen fehlt der Hinweis auf die Möglichkeit der Virtopsy (forensisch-medizinisches Verfahren, das einen Großteil der herkömmlichen Obduktionen – Autopsien, Leichenöffnungen – durch ein minimalinvasives Vorgehen ersetzen soll).

Wer gern anhand auch von älteren Fällen lernt oder als erfahrener Ermittler seine Bibliothek erweitern möchte, ist dennoch bei dem gut lesbaren Buch richtig, denn es beinhaltet mehr als 100 Fallbeispiele mit 36 zum Teil allerdings recht kleinen schwarz-weiß Bildern aus alten Zeiten. Da sieht man auch schon mal Schlaghosen, Haushaltskittel und einen alten Opel Kadett B. Aber auch das kann Charme haben.

Insgesamt haben die Autoren eine informative, gut lesbare Einführung in eine der schwierigsten und komplexesten Aufgaben kriminalpolizeilicher Arbeit gegeben. Der Preis ist sicherlich kein Schnäppchen, dürfte sich für derartige Fachbücher aber noch im Rahmen bewegen, wenn das Werk denn nicht vollständig auf farbige Bilder verzichten würde.

**Lüder Fasche**

**Todesermittlung – Grundlagen und Fälle, Armin Mätzler, Ingo Wirth, Kriminalistik Verlag, 5. neu bearbeitete und erweiterte Auflage, 2016, 434 Seiten, 28,99 Euro, ISBN 978-3-7832-0046-1**



### Zu: Forschung, DP 6/16

Dass gleich drei Beiträge, die eher das meist ganz Spezifische aufgreifen, in einem Heft Platz gefunden haben, das erfreut den geneigten Leser sehr (Geldwäsche, Sprachmonopol und Polizeiwissenschaft). Zu letztgenanntem Thema erlaube ich mir einige Bemerkungen: Gleich mit meiner ersten Anmerkung werde ich mir keine Freunde machen: Die Wissenschaft neigt sehr dazu, den Begehrlichkeitsweg spezifischer Verortung zu gehen und ist damit manchen Besoldungsbegehren gleichzusetzen. Zugespißt heißt das: Ist eine Polizeiwissenschaft so etwas wie eine P-Besoldung? Hinter dieser bewusst ein wenig provozierenden Formulierung steckt indes nichts Böses. Es geht um angemessene Anerkennung von Besonderem, bisweilen nicht sofort nachvollziehbar Vergleichbarem.

Was manchen Leserinnen und Lesern wie unnötige Zurückhaltung vorkommen mag, nämlich der Umstand, dass der Autor das Ergebnis offenlässt, spricht in diesem Fall für ihn. Will er doch fair und den Tatsachen verpflichtet bewusst nicht selber für oder gegen eine Polizeiwissenschaft Stellung beziehen. Fair ist das deshalb, weil von ihm nicht versucht wird, eine Propaganda-Schrift vorzulegen, was für ihn gewiss nicht schwer gewesen wäre. Auch werden erfreulicherweise keine Tatsachen konstruiert, eine Machart, die zumeist mithilfe etwelcher (fragwürdiger) Statistiken daherkommt. Niemand hätte eine Aussage widerlegen können, die sich auf 63,5 Prozent Zustimmung für eine eigene Polizeiwissenschaft stützt.

Diese bewusste Bewertungs-Neutralität des Autors macht es daher möglich, im Wortsinne unbelastet der eigentlichen Fragestellung Raum zur Debatte zu geben. So vorzugehen hat um der Sache willen Potenzial. Geht es doch nicht um einen Deal, bei dem ein „Angebot“ auf dem Tisch liegt, das zu verhandeln wäre. Und ohne eine Klärung der Grundlage dessen, was Wissenschaft in diesem Kontext bedeutet und auslöst, entginge den daran Beteiligten möglicherweise die Chance auf seriöses Ringen um eine Entscheidung.

Ich darf mir erlauben, eine These beizutragen, die, zu Ende gedacht, Polizei in weiten Bereichen neu aufzustellen nach sich ziehen kann. Dieser Gedanke soll hier vorerst nur – dem Typus Leserbrief entsprechend – grob skizziert werden. Sofern er eine Debatte auslöst, würde ich mich freuen, auch weiterhin daran teilnehmen zu können. Die These: Wer sich mit der heutigen Gesellschaft beschäftigt, dem begegnet zunehmend der Begriff der „postheroischen Gesellschaft“ (vgl. Herfried Münkler: Kriegssplitter). Sie ist unter anderem dadurch determiniert, dass sich als Ergebnis sogenannter asymmetrischer Kriege die ehemals gültige Art der Auseinandersetzung mit dem „Feind“ als wechselseitig kriminelle Handlung erweist. So fehlt zum Beispiel dem IS Wesentliches dafür, als kriegführende Partei gelten zu können, und auch die Antwort auf dessen grausame Handlungen mit Drohnen ist allenfalls kriegsartig, schon lange aber nicht mehr Krieg mit sogar einem eigenen Recht. Dem steht nicht entgegen, dass auch in Ermangelung vertrauter Terminologie diese „Schlachten“ oft und gern mit „Krieg“ bezeichnet werden. Sie sind extrem kriminelle Aktionen, die nach ethischen Gesichtspunkten und auf der Grundlage unseres Rechtsverständnisses beurteilt nicht zu rechtfertigen sind.

Bei kriminellen Handlungsweisen ist die Polizei zuständig. In Grenzfällen, in denen sie dafür nicht gewappnet ist, wird stets über den Einsatz der Bundeswehr nachgedacht. Mit Blick auf unsere Verfassung ist und bleibt das – gelinde formuliert – problematisch. SEK's und Spezialgruppen wie die GSG 9 dürften derzeit institutionell die Grenze der Ausdehnung polizeilicher Kompetenzen erreicht haben.

Die Entwicklung des Krieges hin zum „Tausch von Menschenleben gegen überlegene Technik“ wird, so steht zu befürchten, anhalten, es sei denn, die Renationalisierung zöge die Rückkehr zum „typischen, alten Krieg“ nach sich. Auch das sollte nicht gewollt sein. Zudem müsste – um beim Beispiel zu bleiben – dann aus dem sogenannten Islamischen Staat ein Staat im völkerrechtlichen Sinne werden. Nicht einmal der gedank-

liche Trick, summa handele es sich um einen Welt-Bürgerkrieg, schafft einen nutzbringenden Ausweg. Im Gegenteil: Die Zukunft der Kriege sollte so benannt werden, wie es auf sie zutrifft: Handelskriege, die mit kriminellen Methoden geführt werden. Eigentlich eine Aufgabe für die Polizei. Zur ergänzenden Erläuterung darf ich darauf hinweisen, dass der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler (auch) deshalb seinen Hut nahm, weil er auf seine Weise auf die Notwendigkeit der Sicherung der Handelswege mit (Gegen-)Gewalt hingewiesen hatte.

Wie also muss eine Polizeiwissenschaft beschaffen sein, die dieser Entwicklung Rechnung trägt? Kann sie das grundsätzlich leisten? Ich denke, darüber sollte Klarheit und Einvernehmen bestehen. Für akademische und intellektuelle Ego-Trips eines Berufsstandes ist da meines Erachtens kein Raum. Das darf nicht entmutigen oder als böse Kritik missverstanden werden. Ich sehe durchaus Chancen. Der Autor offenbar auch.

**Peter Stadermann, Düsseldorf**

### Zu: Tarifrunde 2016, DP 3/16

Zunächst möchte ich klarstellen, dass ich den erzielten Tarifabschluss nicht kleinreden möchte. Die Aussage von Kerstin Philipp, die von

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de**



einem Reallohnzuwachs von 2,4 Prozent spricht, kann ich so jedoch nicht unkommentiert stehen lassen. Und dies, da man um selbst auf eine individuelle Inflation von null Prozent zu kommen, genau den zugrunde liegenden Warenkorb nachbilden müsste. Weiterhin besteht ja noch ein nicht unerheblicher Unterschied zwischen Brutto- und Nettoeinkommen. Durch die in unserem Steuerrecht geltende Progression beträgt die Steuerlast bezogen auf die Erhöhung ja schnell mal die Hälfte oder annähernde Beträge. Hinzu kommen bei Nicht-Beamten noch die Sozialabgaben, die ebenfalls zum Abzug kommen. Insofern beträgt der Reallohnzuwachs selbst bei Annahme einer Inflationsrate von null Prozent in keinem Fall 2,4 Prozent. Auch wenn sich das besser anhört. Außerdem möchte ich hier auch mal darauf hinweisen dass das Jammern der öffentlichen Hand bezüglich der mit dem Tarifabschluss verbundenen Kosten ja auch irreführend ist, da insbesondere durch die Progression ein beachtlicher Teil der vermeintlichen Mehrkosten ja direkt in den Steuertopf zurückfließt. Dass es nicht immer der Steuertopf ist, der auch die Erhöhung zu zahlen hat, ist dann wohl eher ein Problem der Steuerverteilung zwischen den einzelnen Ebenen der öffentlichen Hand.

**Fred Bachmann, Dresden**

### Zu: Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Beleidigung „All Cops Are Bastards“ (ACAB)

Anstatt sich mit der schwachsinnigen Frage zu befassen, ob Polizei und Grüne zusammenpassen, hätte ich mir einen Aufschrei über die deutschlandweite Pressemeldung „Polizisten darf man pauschal beleidigen“ erwartet. Immer wieder wird gegen die zunehmende Gewalt gegen die Polizei gewettert und dann kommt das Bundesverfassungsgericht und gibt „uns eine mit“. Das ist der Sache wirklich sehr dienlich und bleibt unwidersprochen. Ich will unser höchstes Gericht nicht kritisieren, das ist nicht meine Art, aber begreifen tu ich so was nicht. Mir erscheint die Anteilnahme für die Polizei sehr scheinheilig.

**Günter Klinger,  
GdP-Landesseniorenvorsitzender  
Bayern**

### Zu: Lesermeinung „Flüchtlinge“ von Günter Klinger, DP 7/16

Endlich sagt mal jemand, wie es richtig ist. Ich war über 40 Jahre im operativen Dienst (Streifendienst/Postendienst) in Baden-Württemberg und musste in meiner Dienstzeit mir mehrfach den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit gefallen lassen, nur wenn kriminelle Ausländer oder Mitbürger mit Migrationshintergrund betroffen waren. Seit kurzem bin ich im Ruhestand, aber noch GdP-Mitglied, und manchmal frage ich mich schon, warum da Kritik sofort als geistige Brandstiftung verstanden wird. Der Schmuse- und Kuschelkurs mit Straftätern, egal welcher Nationalität oder Herkunft, hat aufzuhören. Sowohl bei der Polizeiführung, als auch Gerichten.

**Helmut Schleider, Göppingen**



Dem Leserbrief von Günter Klinger aus Oberasbach möchte ich mich in vollem Umfang anschließen! Viele in meinem Umfeld denken genauso, nur wenige trauen sich darüber öffentlich zu sprechen, um nicht in die in diesem Leserbrief genannten „Flammenwerfer“ zu geraten! Wo ist die sogenannte Meinungsfreiheit geblieben? Gilt die nur für die Linksliberalen?

**Götz Inkeremann, Marpingen**

### Zu: Bilder Oliver Malchow, DP 7/16

Es ist schön zu wissen, dass unser Vorsitzender Oliver Malchow sehr aktiv ist in unserer Gewerkschaftsarbeit. Sicherlich hat er durch seinen persönlichen Einsatz auch schon vieles auf den Weg gebracht.

Ich bin seit vielen Jahren Gewerkschaftsmitglied und mir gefällt auch der Inhalt unsere Gewerkschaftszeitung und die Darstellung unserer Gewerkschaftsarbeit. Wenn ich mir allerdings die Bilder dazu in den Zeitschriften in letzter Zeit anschau, dann muss ich feststellen, dass die bildliche Präsenz unseres Vorsitzenden übergebührlich (fast personenkultähnlich) dargestellt wird. 9 (in Worten neun) Abbildungen in der Ausgabe Juli 2016 sind einfach zu viel.

**Helfried Müller, Marienberg**

### DP: Spezialeinheiten, DP 7/16

Die DP-Titelgeschichte mit Überschrift, Teaser, Text und allen Bildern spricht eine eindeutige Sprache: der Artikel befasst sich fast ausschließlich mit den Spezialeinsatzkommandos (SEK) und der GSG 9. Zu den Spezialeinheiten gehören auch die Mobilien Einsatzkommandos (MEK) und die Mobilien Einsatzkommandos Personenschutz (MEK PS), die leider gar nicht beziehungsweise nur unvollständig oder am Rande vom Autor erwähnt werden.

Schon im Vorspann wird ausgeführt, dass lediglich ein Blick auf die Geschichte und herausragende Einsätze der Spezialeinsatzkommandos von der Gründung bis zur Gegenwart geworfen wird, wobei letztere auch nur am Rande gestreift wird. Mogadischu darf nicht fehlen, aber der Autor beschreibt und bebildert den Text fast ausschließlich mit Einsatzlagen aus dem letzten Jahrtausend. Einsatzlagen aus dem 21. Jahrhundert und die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem islamistisch motivierten Terrorismus werden leider nicht oder nur oberflächlich erwähnt.

Bei einer DP-Titelgeschichte Spezialeinheiten sollten nicht nur fast ausschließlich die Spezialeinsatzkommandos Erwähnung finden, sondern auch die Aufgaben und die herausragenden Einsätze der Mobilien Einsatzkommandos und der Mobilien Einsatzkommandos Personenschutz zum Thema gemacht werden.

**Stefan Brehm, Kassel**



Obwohl nicht besonders schreckhaft, aber regelrecht verwundert, fast bestürzt, war ich beim Anblick des Titelbildes in der Juli-Ausgabe, und ich fragte mich angesichts dieser wohl „bis an die Zähne“ bewaffneten Kämpfer, ob es sich – nach herkömmlicher Vorstellung – tatsächlich noch um Polizeibeamte, um sogenannte (Kontakt-) Bürger in Uniform oder doch mehr um eine regelrechte militärische Nahkampftruppe handelt.

Sie scheinen tatsächlich schon weitgehend vorbei zu sein, die Zeiten, als man im Gendarmerie- oder Polizeidienst ganz selbstverständlich und gelassen auch mal „nicht umgeschnallt“



seinen Dienst am und für den Bürger und in Bürgernähe, für beide Seiten zufriedenstellend, leisten konnte und als im Unterricht bei der Bereitschaftspolizei in Mainz anfangs der 1960er-Jahre vom damals lehrenden Kriminalobermeister Karl Ebbe der gutgemeinte Rat erfolgt ist, im Einzeldienst seine Dienstwaffe auch mal ruhig in der Schublade des Schreibtisches zu belassen. „Mit dem Hute in der Hand, kommt man durch das ganze Land“, so dieser, sein geäußertes Slogan, Ratschlag und seine Einstellung in Bezug auf damals herrschende und vorhandene gesellschaftliche Verhältnisse, Situationen und Gefahrenlagen. Es gab sie zwar auch, gewalttätige Aktionen, meist unter Einfluss von Alkohol oder ähnlichem, aber mit dem Unterschied eines im Mindestmaß doch vorhandenen Respekts und ohne diesen jetzt in der Neuzeit zu beobachtenden Verrohungs-, wenn nicht sogar Vernichtungseffekts des Gegenübers.

Insofern stellt sich automatisch die Frage, was sich eigentlich in diesem Land langsam schleichend, unmerklich, unberücksichtigt, wohl auch nicht oder nur unzureichend zur Kenntnis genommen, ursächlich und grundlegend ge- oder verändert hat, und dann, als Folge davon, auf polizeilicher Ebene zwangsläufig und im Nachhinein reagiert werden musste und eine solch massive „Aufrüstung“ erforderlich gemacht hat?! Oder hat man vielleicht von Seiten der gesetzgebenden Politik derartige Entwicklungen und Auswirkungen rechtzeitig gesehen, vermutet oder erkannt, es aber aus verschiedenen Belangen und Interessen heraus, aus wahltaktischen oder anderen Gründen versäumt, diesen doch abzusehenden und sich abzeichnenden Veränderungen nicht oder nicht rechtzeitig entgegengetreten. Nur um irgendwann, bei nicht mehr beherrschbarer Lage, die immer weiter gestiegene, nicht mehr zu tragende Verantwortung abzuwälzen, auf die Schultern nachgeordneter Sicherheitsbehörden, um so ganz elegant und diplomatisch aus dem „Schussfeld“ zu Recht Nachfragender oder Kritikübender zu gelangen?!

Polizei, „quo vadis?“, möchte man fragen, oder: Haben wir sie schon, die Verhältnisse wie in Amerika und Frankreich, und hat mit solch beschriebener Speerspitze hochgerüsteter Kämpfer der Krieg im Innern schon seinen Anfang genommen?

**Dieter Tendick, Burgalben**

### DP: Dienstwaffe, DP 7/16

Wir möchten uns recht herzlich für den äußerst informativen Artikel von Marcel Müller bedanken. Wir hatten als GdP-Bezirksgruppe (BG) Oberbayern Süd die Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Traunstein zum Schusswaffengebrauch (SWG) in Burghausen in den sozialen Netzwerken publiziert. Seit diesem Zeitpunkt wissen wir, was es mit einem sogenannten Shitstorm auf sich hat. Man wünschte uns den Tod, wir seien alles Mörder, wir sollen alle an Krebs verrecken, und vieles mehr. Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Portfolio der Kommentare von Personen,

die den polizeilichen Schusswaffengebrauch eben nur – wie im Artikel dargestellt – aus den Medien kennen. Auch für nicht derart „kritische“ Kommentatoren war der SWG aus Sicht des Bürgers nicht nachvollziehbar, sieht man doch in Film und Fernsehen Polizeibeamte, die scheinbar problemlos mit der Schusswaffe umgehen können.

Der Artikel von Kollegen Müller war für uns leidgeplagte GdP-BG Oberbayern Süd eine seelische Wohltat und sei allen „schlichten Geistern“, um den Soziologen und Kriminologen Joachim Kersten zu zitieren, die sich anmaßen, einen polizeilichen SWG zu analysieren, als Lektüre empfohlen.

**Michael Ertl, Vorsitzender GdP Bezirksgruppe Oberbayern Süd**

## Die andere Form der Lesermeinung

Für die Wachtmeister dieser Welt

*Hallo Herr Wachtmeister  
ich hab' da mal ,ne Frage,  
bevor es wird Nacht  
Meister, bei mir und ich  
lieg' auf der Bahre.*

*Na klar, dafür bin ich doch  
da Tag ein Tag aus,  
Sommer wie Winter,  
Jahr für Jahr.*

*Ey du schieß Bullensau  
was willst'en du, halt bloß  
dein Maul!  
Verpiss dich Motherfucker  
du Nazischwein!  
Auch das ist unser (fast)  
täglich Brot  
Tag aus Tag ein.*

*Sollst auf beides möglichst  
freundlich reagieren  
beim Ersten ist's leicht,  
beim Zweiten, egal was du  
jetzt machst oder sagst  
du kannst nur verlieren.*

*Für alle die meinen  
uns so zu behandeln  
sie werden sich spätestens  
dann wandeln  
und sich erinnern  
in ihrer höchsten Not  
an genau diesen  
Wachtmeister  
der auch sie dann  
aus der Scheiße raus holt.*

copyright by Uwe-Kersten Uecker 2016, Ostercappeln





## Eingruppierung TVöD-Bund in der Praxis



Seit 1. Januar 2014 gibt es auch für den Bund eine „neue“ Entgeltordnung. Das Handbuch gibt dem Anwender zu Anfang anhand von Synopsen einen Überblick über die Neuerungen, die dem alten Recht und dem TV-L gegenüber gestellt werden.

Kurz werden die wichtigsten Grundsätze der Eingruppierung, wie der Grundsatz der Tarifautomatik, Arbeitsvorgang, Hälfte-Grundsatz oder die Paragraphen 12, 13 TVöD dargestellt, um dann auf die Struktur der Entgeltordnung, die Entgeltgruppen in Einzelnen und die neuen Begrifflichkeiten hinsichtlich der Tätigkeitsmerkmale einzugehen.

Am Ende wird nicht vergessen, das für die Personal- und Betriebsräte wichtige Thema der Mitbestimmung aufzugreifen. Es ist ein Praxishandbuch, das Eingeweihte der Materie als gute Unterstützung für ihre Arbeit nutzen können.

**Michaela Omari**

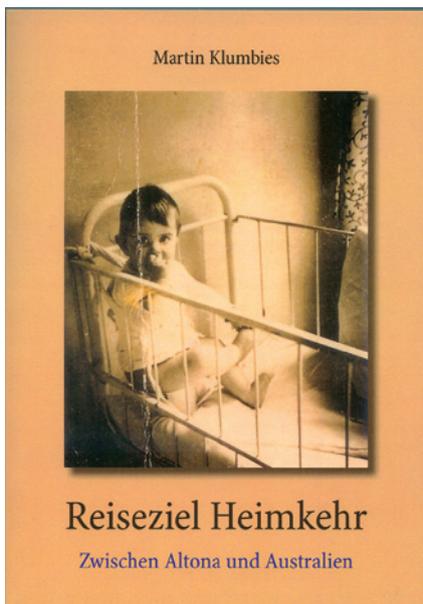
**Eingruppierung TVöD-Bund in der Praxis, Achim Richter, Annett Gamisch, Walhalla, 2014, 184 Seiten, 16,95 Euro, ISBN 978-3-8029-1575-8**

## Reiseziel Heimkehr – Zwischen Altona und Australien

Packend, vorbehaltlos und frisch schildert Martin Klumbies seine Kindheit und Seefahrtjahre. Trotz der schwierigen Lebensverhältnisse ergibt sich manch anekdotischer Ansatz.

Geboren in Hamburg sechs Tage nach Kriegsbeginn schildert er, oftmals ergreifend aus seiner Kinderspektive heraus, Ängste und Beklemmungen, Feuersturm und Hungersnot, ein Jahrzehnt in einem Behelfsheim und viele Jahre zur See. Schon 1956 als Schiffsjunge wurde er Gewerkschaftsmitglied. Die Verhältnisse erforderten einfach, in der Seefahrt vielleicht noch mehr als an Land, sich in einer Solidargemeinschaft zu organisieren. „Reeder und deren Vertreter waren eben seit jeher hartgesotten“, fasst er seine Erfahrungen zur See zusammen.

Der Verfasser gibt einen spannenden Einblick in das Dasein seiner Familie, geprägt von sozialem Ab- und Aufstieg durch die Zeitläufte. Während Vater, Bruder und auch der Verfasser allmählich nautische Kompetenzen erwerben, bleibt die „ungelernte“ Mutter das, wofür es kein Zertifikat



gibt: Sie bringt drei Kinder zur Welt, organisiert, tröstet, hamstert, bettelt und sorgt sich; sie ist der familiäre Mittelpunkt und Heimathafen, zu dem alle zurückkehren wollen. Zum Schluss

bürdet ihr das Schicksal die schwerste Last auf. Dezent und detailreich eingebunden in lokale und weltgeschichtliche Zusammenhänge verdichtet sich das persönliche Schicksal zu einem intensiven Leseerlebnis.

**Reiseziel Heimkehr – Zwischen Altona und Australien, Martin Klumbies, Books on Demand, 2015, 244 Seiten, 9,99 Euro, ISBN 978-3-7386-9844-2**

## Mitmacher finden



Mitmacher finden – durch Öffentlichkeitsarbeit begeistern. Ein Buch über Betriebsräte. Ein Buch über Gewerkschaften. Ein Buch über die erfolgreiche Arbeit beider.

Wie schaffen wir es, gute Arbeit so zu vermitteln, dass wir noch mehr werden, dass viele mitmachen wollen? Das Image der Gewerkschaften steigt ständig. Egal, wen man fragt: Über 60 Prozent halten die Gewerkschaften für notwendig und sehen in ihr einen unverzichtbaren Bestandteil unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Dabei nimmt die Zahl der Vereinsmitglieder ständig ab, die der Vereine ständig zu. Umso mehr bemühen wir uns um jede und jeden, laden sie immer wieder ein und bieten ihnen die Themen der Zukunft an. Gemeinsam gestalten geht gemeinsam besser. Dieses Buch handelt von den Menschen, von den Tarifverträgen und von den





Regelungen, die sie jeden Tag im Betrieb treffen. Von diesen allen handelt dieses Buch. Das ist das Schöne.

Republik: »Bleibt bunt«, rufen wir ihr und seinen Bewohnern zu, damit nicht die Dunkelheit zurückkommt. Geschichten, die Mut machen, die einladen. Das ist dieses Buch. Ein buntes Buch.

**Mitmacher finden – durch Öffentlichkeitsarbeit begeistern, Andrea Lotsch, Michael Rasch, Martin Rzeppa, Kellner Verlag, 2015, 192 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 978-3-95651-072-4**

## Neue DGB-Broschüre zur Lohnsteuer 2016 erschienen

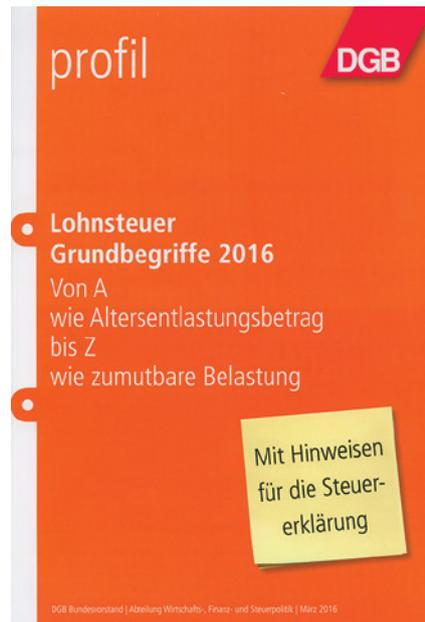
Schon die Steuerklärung abgegeben? Wahrscheinlich schon, oder? Manche Steuerzahler haben verlängerte Abgabefristen beantragt. Nicht nur für diese ist die Broschüre des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) „Lohnsteuer Grundbegriffe 2016“ interessant. Denn: Tipps für die Steuerklärung und Erläuterungen der wichtigsten Begriffe – von A wie Altersentlastungsbetrag bis Z wie zumutbare Belastung – helfen bestimmt auch noch im nächsten Jahr, auch wenn es vielleicht die eine oder andere Änderung geben wird. Dabei immer bedenken: Im Schnitt können sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 850 Euro bei ihrer Steuererklärung zurückholen.

Wegen des gesetzlichen Mindestlohns sind weniger Menschen auf ergänzende Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Das bedeutet aber auch: Es müssen mehr Menschen Lohnsteuer zahlen. Viele setzen sich in diesem Jahr zum ersten Mal mit den Formularen für die Steuerklärung auseinander. Der DGB-Ratgeber „Lohnsteuer Grundbegriffe 2016“ erläutert die wichtigsten Begriffe und gibt Hinweise für das korrekte Ausfüllen der Formulare. Denn nur wenn die Ausgaben richtig angegeben werden, können sie im Steuerbescheid berücksichtigt werden – und zu einer Rückzahlung führen.

### Werbungskosten geltend machen

Beispiel Werbungskosten: Damit

sind Aufwendungen gemeint, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufbringen müssen, um überhaupt Lohn zu erhalten. Dazu zählen zum Beispiel Fahrtkosten zum Arbeitsplatz, Bewerbungskosten, Ausgaben für Arbeitsmittel und ein Arbeitszim-



mer sowie Gewerkschaftsbeiträge und Reisekosten. Sie können geltend gemacht werden, wenn sie den Arbeitnehmerpauschbetrag um eine bestimmte Summe überschreiten. In den meisten Fällen ist das der Fall, wenn die Kosten insgesamt höher als 1.600 Euro sind. Diese Grenze ist schnell erreicht: Bereits ein Arbeitsweg von 25 Kilometern schlägt mit 1.650 Euro zu Buche (220 Tage mal 25 Kilometer mal 0,30 Euro Entfernungspauschale = Werbungskosten in Höhe von 1.650 Euro).

### Sonderausgaben abrechnen

Viele Steuerzahler können außerdem Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen oder Kosten für Haushaltshilfen und Handwerker geltend machen. Zu den Sonderausgaben gehören unter anderem die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung, Unterhaltszahlungen an Ex-Partner, Kinderbetreuungs- und Ausbildungskosten, Spenden und Kirchensteuer. Außergewöhnliche Belastungen entstehen zum Beispiel durch Krankheits- oder Beerdigungskosten oder die Wiederbeschaffung von Hausrat

und Kleidung, wenn diese durch Feuer, Naturkatastrophen oder Diebstahl verloren gegangen sind. **DGB/mzo**

**Die Broschüre „Lohnsteuer Grundbegriffe 2016 – Von A wie Altersentlastungsbetrag bis Z wie zumutbare Belastung (DGB20027)“ mit vielen weiteren Hinweisen, Infos und Tabellen kann ab sofort beim DGB-Online-Bestellservice unter [www.gdb-bestellservice.de](http://www.gdb-bestellservice.de) bestellt werden.**

## So schützen Sie Ihr Kind! Polizeitrainer vermittelt Verhaltensrichtlinien zur Gewaltabwehr

Autor Steffen Meltzer erinnert an spektakuläre und öffentlichkeitswirksame Fälle wie den des sechsjährigen Elias aus Potsdam, des vierjährigen Mohammeds aus Berlin, der fünfjährigen Inga aus Sachsen-Anhalt und der 2015 entführten und ermordeten 17-jährigen Annelie bei Meißen. Aber auch das Schicksal der seit 2007 verschwundenen Madeleine Beth McCann (Maddy) beschäftige bis heute viele Menschen. Das alles seien aufsehenerregende, dramatische Fälle, die vielen Eltern das Blut in den Adern erstarren ließen. Die Höhe der Dunkelziffer von Tötungsdelikten bei vermissten Kindern lasse sich indes nur erahnen. Entführung, Vergewaltigung, Prostitution, Tötung – immer wieder stellt sich dem Autor zufolge die Frage, wie man das eigene Kind vor solchen Verbrechen schützen kann.

### Trügerische Sicherheit durch Selbstverteidigungskurse

Das sei im Prinzip gar nicht so schwer, sagt der Autor, wenn einige Regeln eingehalten werden. Als verhaltensorientierter Trainer wisse er allerdings, dass nur einfach umzusetzende Handhabungen wirklich schützen könnten. Gern könnten Eltern ihr Kind in einen Selbstverteidigungskurs schicken, in dem es auch schwer zu erlernende Techniken gezeigt bekomme. Meltzer: „Solange dies für sein Selbstbewusstsein und seine Fitness förderlich ist, sage ich: Prima, das Ziel wurde erreicht! Ich halte jedoch nichts davon, Kindern einzureden, dass sie nur mit bestimmten Schlagtechniken einen erwachsenen Angreifer





fer erfolgreich abwehren können. Das ist eine trügerische Sicherheit, welche die Täter zusätzlich zu einer vorher nicht beabsichtigten, brutalen Gewaltanwendung motivieren kann.“ Ein Kind könne nur dann einem erwachsenen Täter etwas entgegensetzen, wenn es einfache Eigensicherungsrichtlinien (die einer körperlichen Abwehr voraus gehen sollten) befolge. Aus seiner Sicht gehe es nämlich in erster Linie darum, die kindlichen Urinstinkte zu aktivieren und zu stärken. Diese Instinkte könnten – sofern adäquat angewandt – auch bei Kindern sehr effektiv und erfolgreich sein. Hinzu kämen bestimmte Verhaltens- und Erziehungsregeln, die verhindern, dass sich Straftäter Ihr Kind als Opfer aussuchen.

So geben, das verspricht der Autor, Erziehung, Verhaltensregeln und Intuition dem Kind Sicherheit in einer Gesellschaft, die immer mehr von verknappten Ressourcen im öffentlichen Bereich, dem Rückzug des Staates und zivilen Zerfallsprozessen gekennzeichnet ist. Zunehmend träten verrohende Umgangsformen zu Tage. Schwache Opfer, wie alte Menschen und Kinder, blieben dabei schnell auf der Strecke.



### Checkliste

97 Prozent der vermissten Kinder tauchen laut Meltzer glücklicherweise gesund und munter wieder auf. Bei den restlichen drei Prozent sei die Quote von Kindesentziehungen in Sorgerechtsstreitigkeiten sehr hoch. Ein

geringer Anteil der Kinder werde hingegen nie wiedergefunden. Besonders bei kleinen Kindern herrsche dann ein großes mediales Interesse.

Meltzer: „Jedes Kapitel endet mit einer Checkliste. In dieser finden sich verschiedene Verhaltensmuster beziehungsweise Situationen, die der Leser – abhängig davon, ob diese auf ihn oder seinen Nachwuchs zutreffen – mit keinem, einem halben oder einem Punkt bewerten können. Wenn alle gesammelten Punkte in eine Tabelle im hinteren Teil des Buches übertragen und die Gesamtpunktzahl ermittelt wurde, hilft die punktabhängige Bewertung dabei, das Eltern-Verhalten und das des Nachwuchses zum Thema „Gefahrenprävention und -abwehr“ besser zu beurteilen.

red

**So schützen Sie Ihr Kind!**  
**Polizeitrainer vermittelt Verhaltensrichtlinien zur Gewaltabwehr, Steffen Meltzer, 92 Seiten, 9,95 Euro, ISBN 978-3-00-052979-5, Versandkostenfrei über [info@steffen-meltzer.de](mailto:info@steffen-meltzer.de) oder [www.steffen-meltzer.de](http://www.steffen-meltzer.de)**



Nr. 8 • 65. Jahrgang 2016 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** [www.gdp.de](http://www.gdp.de)

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**  
**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Redaktionsassistent:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** [gdp-pressestelle@gdp.de](mailto:gdp-pressestelle@gdp.de)  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf [www.gdp.de](http://www.gdp.de) und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104-183  
**Fax** (0211) 7104-174 **E-Mail** [av@vdp.polizei.de](mailto:av@vdp.polizei.de)

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirkssteils in der Mitte des Heftes.



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
178.918 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto: shutterstock

Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

Von **Holger Nimtz**.



## Band 1:

Grundlagen und Delikte gegen die Person

5. Auflage 2016

**Umfang:** 272 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0782-6

## Band 2:

Delikte gegen das Vermögen und gegen  
Gemeinschaftswerte

4. Auflage 2016

**Umfang:** 308 Seiten / **Format:** 16,5 x 24 cm, Broschur

**Preis:** 19,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0783-3



Die vorliegenden Bände erfüllen alle Anforderungen an ein Lehrbuch für die polizeiliche Ausbildung und das polizeiwissenschaftliche Studium in Diplom- und Bachelorstudiengängen:

- Prüfungsschemata und Erläuterungen
- Definitionen
- Beispielfälle
- Übersichten
- Vertiefungshinweisen für Selbststudium, Bachelor- und Thesisarbeiten
- Leitentscheidungen der Gerichte
- Hinweise zu Übungsfällen
- Lernhilfen

Die komplexe Rechtsmaterie ist nach polizeilichen Bedürfnissen aufbereitet, ohne prüfungs- und praxisrelevante Bereiche auszuklammern. Neben einer Themeneinführung beinhaltet der Band 1 Grundsätzliches zur Straftat und Delikte gegen Personen. Der Band 2 behandelt Delikte gegen das Vermögen sowie Delikte gegen Gemeinschaftswerte. Die übersichtliche, gut lesbare Darstellung ermöglicht eine schnelle Einarbeitung in den Lehrstoff und eine effektive Prüfungsvorbereitung. Somit ist das Werk ein idealer Begleiter für Ausbildung, Studium und Praxis.

## DER AUTOR

*Dr. Holger Nimtz, Leitender Regierungsdirektor. Leiter der Abteilung Köln der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHöV NRW). Dozent für Straf- und Strafprozessrecht sowie Eingriffsrecht an FHöV NRW.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: [www.vdpolizei.de](http://www.vdpolizei.de)

# NUTZE DIE ZEIT

*Dekorative Quarzwanduhr im vollflächigem Digitaldruck.*

*GdP-Stern formgestanzt in großen Abmessungen, ca. 30 cm Durchmesser.*

*Hochpräzises Quarz-Uhrwerk mit Aufhängung (deutsches Markenuhrwerk) inkl. Batterie.*

*Material: Acryl.*

060888



33,95 €

40,75 €



***Achtung im September erscheint  
der neue Werbemittelkatalog 2017  
– schon jetzt vorbestellen!***

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro  
zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten.  
Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT  
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165  
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de) oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.